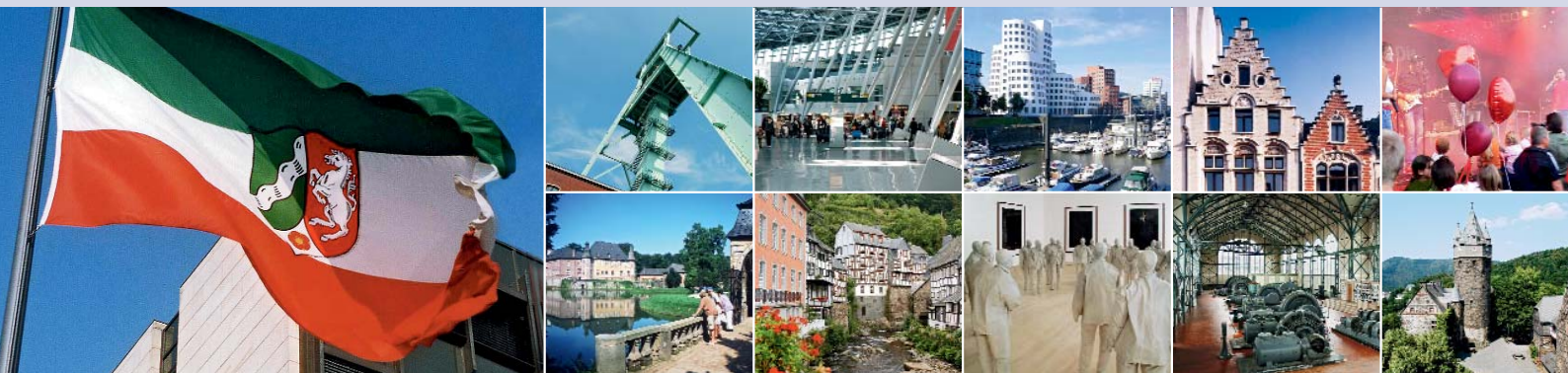




Innovation und Solidarität

Bericht des Vorsitzenden der Zukunftskommission

Innovation und Solidarität

Bericht des Vorsitzenden
der Zukunftskommission

Lord Ralf Dahrendorf



Inhalt

Innovation und Solidarität – Bericht des Vorsitzenden

I. Große Fortschritte und neue Herausforderungen: Die Zukunft gestalten	4
Die Zukunft, die Krise und die Kommission	5
Voraussetzungen und Probleme: Nachkriegswunder	7
Nordrhein-Westfalens Eigenart	8
Spitzenleistungen und sozialer Zusammenhalt	10
II. Bildung zur Befähigung aller	11
Grundrecht und Chance	12
Der „normale“ Bildungsweg	12
Wege aus der Benachteiligung	14
Duales System	15
Lebensphasen, Bildungsphasen	16
III. Die neue Welt der Arbeit	18
Flexibilität und ihr Preis	19
Erleichterungen und Absicherungen	20
Wandel der Mentalitäten	22
IV. Wachstum durch Innovation	23
Welches Wachstum?	24
Die Starken stärken	24
Neue Ideen und ihre Umsetzung	27
Unternehmertum und Privatinitiative	29
Kultur als Innovationsmotor	30
V. Eine Gesellschaft aktiver Bürger	32
Öffentlichkeit und soziale Verantwortung	33
Aufgaben der Integration	36
Bildung und Arbeitsmarkt	37
Nötige Einheit, mögliche Vielfalt	38
Lebensräume, Lebensformen, Lebensqualität	40

Mitglieder der Kommission	44
----------------------------------	-----------

I. Große Fortschritte und neue Herausforderungen: Die Zukunft gestalten

Die Zukunft, die Krise und die Kommission

1. Die Zukunft bleibt immer hinter einem Schleier der Ungewissheit verborgen, der sich auch den brilliantesten Kommissionen nicht öffnet. Zum Zeitpunkt des hier vorgelegten Berichtes der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen sind die Ungewissheiten besonders groß. Vor allem aber stehen manche Annahmen infrage, die noch vor Kurzem verlässlich schienen. Was als Finanzkrise begann und dann zur weltweiten Wirtschaftskrise wurde, hat langfristige Folgen für das wirtschaftliche Wachstum, den sozialen Zusammenhalt, das Regelwerk des Finanzwesens und die Rolle des Staates. Die Zukunftskommission hat aus guten Gründen apokalyptische Vorhersagen vermieden und mit Bedacht keinen Epochenwandel konstatiert. Indes waren die Mitglieder der Kommission sich wohl bewusst, dass die Krise den normalen Ungewissheiten ein Element des Zweifels hinzufügt. Das entwertet die Ergebnisse der Beratungen nicht. Es sollte auch diejenigen nicht entmutigen, denen es obliegt, die Zukunft zu gestalten.
2. Die vom Ministerpräsidenten eingesetzte Kommission gibt zur Gestaltung der Zukunft einige Hinweise. Diese sind – zum Teil mit ausführlichen Begründungen und praktischen Vorschlägen – in den Berichten der drei Arbeitsgruppen der Kommission enthalten. (Die drei Gruppen, Arbeitsgruppe 1 zu Innovation, Bildung und Wachstum, Arbeitsgruppe 2 zu Beschäftigung und Arbeitsgruppe 3 zu Lebensqualität und Integration, sind bei der Bestellung der Kommission gebildet worden.) Die Berichte wurden im Februar 2009 ins Internet gestellt und haben dort vor allem zu einzelnen Punkten eine lebhaft diskussion hervorgerufen. Der vorliegende Bericht des Vorsitzenden nimmt die Beiträge der Arbeitsgruppen auf und bringt diese in einen Zusammenhang, in dessen Zentrum die Thematik steht, die der Titel des Berichts beschreibt: Innovation und Solidarität.
3. Der Bericht des Vorsitzenden reflektiert die Diskussionen der Kommission und ihrer Arbeitsgruppen, ohne deren Ergebnisse als Kommissionsbeschluss zu präsentieren. Dass es ein Spektrum von Meinungen zu bestimmten Fragen gab und gibt, wird im Text vermerkt. Einige besonders kontroverse Themen werden in hervorgehobener Position als „Warum nicht ...?“-Fragen (wie die Kommission sie nannte) behandelt, wobei sowohl das Für und Wider als auch relevante Erfahrungen und die Anwendbarkeit auf Nordrhein-Westfalen zur Diskussion gestellt werden. Kein Zweifel ist indes laut geworden an der Grundhaltung des Berichts, die eine Art neuer Sachlichkeit im Umgang mit den großen Fragen der Zeit empfiehlt. Die Kommission hat von Anfang an lösungsorientierte, pragmatische Diskussionen ohne ideologische Auseinandersetzungen geführt. Der Bericht zielt also nicht auf Kampagnen irgendwelcher Art, sondern will Anregungen zur Gestaltung einer lebenswerten Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens liefern.

4. Die Kommission hatte zwei große Stärken: Die eine lag in der Vielfalt und reichen Erfahrung ihrer Mitglieder, die andere in der breiten Thematik „Zukunft“, in der sie sich in völliger Unabhängigkeit bewegen konnte. Es hat zu keinem Zeitpunkt Versuche gegeben, die Arbeit der Kommission politisch zu beeinflussen oder zu instrumentalisieren. Wie so oft sind jedoch Stärken von Schwächen begleitet. Die hochrangige Zusammensetzung der Kommission war von vornherein mit der Beschränkung auf drei Plenarsitzungen verbunden. (Gleichwohl hatten die aktiv an den Arbeitsgruppen Beteiligten Gelegenheit zur gründlichen Erörterung von Texten.) Überdies machte die Breite der Thematik die systematische Behandlung auch nur der wichtigsten Zukunftsfragen für Nordrhein-Westfalen unmöglich. So ist die Tatsache zu erklären, dass hier ein „Bericht des Vorsitzenden“ vorgelegt wird. So ist vor allem zu verstehen, dass dieser Bericht sich auf eine begrenzte Zahl von Themen konzentriert.
 5. Im Zentrum des Berichtes stehen vier Themenbereiche, zu denen die Kommission Anregungen gibt: Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Gesellschaft. In allen vier Bereichen werden die Vorschläge zudem auf Schwerpunkte zugespitzt.
 - Im Bereich der Bildung gilt unser Augenmerk vor allem den bisher Benachteiligten und ihren Chancen, also jenen, die nicht in der Lage waren oder sind, den „normalen“ Bildungsweg erfolgreich zu beschreiten.
 - Hinsichtlich der Arbeit konzentriert sich der Bericht auf die Zumutungen der Flexibilität in der Welt von morgen, aber auch auf die Möglichkeiten der Absicherung von Arbeit.
 - Kernthema der Vorschläge zur Wirtschaft ist die Innovation, ihre Voraussetzungen und Methoden und damit das Verhältnis von Forschung, Entwicklung und Wertschöpfung.
 - Im großen Bereich der Gesellschaftspolitik geht es vor allem um den sozialen Zusammenhalt unter Beteiligung aller Bürger. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Integration der Zuwanderer.
- In allen vier Bereichen gilt die Absicht, Wegweiser in die Zukunft aufzustellen, ohne detaillierte politische Entscheidungen vorwegzunehmen.
6. Die Konzentration auf wenige Themen und Thesen bedeutet nicht, dass das weitere Umfeld völlig vernachlässigt wird. Sie bedeutet jedoch, dass bestimmte Politikbereiche von ähnlich zentraler Bedeutung nicht hinreichend behandelt werden können. Das gilt zum Beispiel für die allgemeinen Fragen der Bildungspolitik und für die Kulturpolitik. Es gilt insbesondere für viele Aspekte der Lebensumwelt der Menschen. Die Kommission legt Wert auf die Feststellung, dass Themen wie Raumplanung, das Verhältnis von Stadt und Land, der Verkehr, die Strukturen der öffentlichen Verwaltung nicht weniger wichtig sind als die hier ausführlicher erörterten Bereiche. In der Tat wird der aufmerksame Leser der Berichte des Vorsitzenden und der Arbeitsgruppen manchen Hinweis auf die hier nur angedeuteten Themen finden. Am Ende aber hat die Kommission sich in besonderem Maße auf die Themen konzentriert, die in diesem Bericht des Vorsitzenden als Schwerpunkte wünschenswerter Entwicklungen erscheinen. Die Zukunftskommission wird also wohl nicht die letzte ihrer Art gewesen sein.
 7. Naturgemäß hat die Kommission sich die Frage gestellt, wie und wo ihre Anregungen in praktische Politik einmünden. Das ist die Frage der Umsetzung. Sie beginnt mit der Übersetzung der vorgeschlagenen Richtungshinweise in konkrete Programmatik. Dieser Prozess verweist auf ein Thema, das eine eigene Zukunftskommission verdiente: Wie steht es mit der Fähigkeit und Willigkeit der Bürger zu den nötigen Veränderungen? In welcher Weise beeinflusst die Krise diese Einstellungen? Was sind die angemessenen Instrumente des Handelns in einer Zeit, in der traditionelle Verfahren, und insbesondere die Parteien, um Vertrauen kämpfen müssen? Die Arbeitsgruppe 3 hat sich auch mit diesen Fragen befasst, ihr Bericht enthält dazu einen längeren Anhang ihres Vorsitzenden. Die Kommission als Ganze hat dieses Thema, das offenkundig nicht auf Nordrhein-Westfalen beschränkt ist, im Kontext des Ziels einer Gesellschaft aktiver Bürger erörtert. Vielleicht ist die schon erwähnte neue Sachlichkeit des Stils ihr wichtigster Beitrag zu den Fragen der Umsetzung.

Voraussetzungen und Probleme: Nachkriegswunder

8. Zukünftiges Handeln steht im Kontext von Geschichte und Gegenwart. Die Nachkriegszeit hat dem westlichen Europa einen in der Geschichte beispiellosen Aufschwung erlaubt. Mehr als fünf Jahrzehnte lang zeigten nahezu alle Messgrößen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wohlfahrt nach oben. Es waren Jahrzehnte, die im Wortsinn „nach dem Krieg“, also in der Abkehr von Jahrhunderten europäischer Bürgerkriege, stattfanden. Am Ende, wenn auch erst nach 40 Jahren, wurden die Staaten Osturopas in diesen Prozess eingeschlossen. Zum Aufschwung gehörte auch die Entwicklung stabiler rechtsstaatlicher Demokratien. Diese fanden sich zudem in einem europäischen Kontext zusammen, sodass eine Europäische Union entstand, die zum Zeitpunkt dieses Berichtes 27 Länder umfasst. Solche Entwicklungen wurden untermauert durch ein außerordentliches Wirtschaftswachstum. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt hat sich zwischen 1950 und 2000 massiv vervielfacht. Es gibt andere Maße, wie z. B. die Beteiligung an der höheren Bildung, die in ähnlichen Dimensionen gewachsen sind. Alle Aufgaben für die Zukunft sind vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen zu verstehen: Ein friedliches, freies und reiches Land stellt sich den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
9. Die Bundesrepublik Deutschland – und damit Nordrhein-Westfalen als ihr größter Gliedstaat – war Teil, ja Motor der großen Wachstumsexplosion der Nachkriegszeit. Deutschland hat aber auch dem quantitativen Wachstum eine qualitative Dimension hinzugefügt. Diese hat einen Namen: Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftliche Expansion blieb in Deutschland eingebettet in soziale Sicherheit. Das war kein einfacher, auch kein geradliniger Prozess. Es gab Phasen der Dominanz der Wirtschaftspolitik und andere, in denen Sozialpolitik das Handeln prägte. Nordrhein-Westfalen hat die ganze Nachkriegszeit hindurch die soziale Komponente der Marktwirtschaft betont. Nur so war der tief greifende Strukturwandel, der das Wachstum begleitete, zu bewältigen. Für die Herausforderungen der Zukunft bedeutet diese Erfahrung, dass es gilt, bei aller Erkundung neuer Wege alte Stärken zu pflegen und zu entwickeln. Auch aus diesem Grunde steht der Bericht der Zukunftskommission unter dem Titel: Innovation und Solidarität.
10. Nordrhein-Westfalen teilt mit dem Gesamtstaat der Bundesrepublik Deutschland viele der großen Herausforderungen, die die absehbare Zukunft bestimmen werden. Drei unter diesen lassen sich nicht in einem einzelnen Bundesland bewältigen, müssen aber die Gestaltung der Zukunft begleiten:

Erstens: Die demografische Entwicklung führt zu einem hohen, in der absehbaren Zukunft noch weiter wachsenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung. In Nordrhein-Westfalen waren im Jahre 2008 20 % der Bevölkerung über 65 Jahre alt; bis zum Jahr 2025 werden es mehr als 24 % sein.
Zweitens: Europaweite, ja weltweite Wanderungsbewegungen haben zu einem wachsenden Anteil von Zuwanderern und ihren Familien geführt. In Nordrhein-Westfalen zählten im Jahr 2006 23 % der Bevölkerung als Migranten.
Drittens: Vergangene Bedrohungen der Lebensumwelt sind gerade in Nordrhein-Westfalen exemplarisch gelöst worden (Stichwort „blauer Himmel über der Ruhr“), aber die Folgen des Klimawandels betreffen ein Industrieland in besonderem Maße.

Es konnte nicht die Aufgabe der Zukunftskommission sein, für solche nationalen und internationalen Probleme regionale Lösungen vorzuschlagen. Das Bewusstsein dieser Herausforderungen begleitet jedoch den Bericht in allen Teilen.
11. Eine der erstaunlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit ist die Schaffung einer Europäischen Union. An dieser war Nordrhein-Westfalen von Anfang an in besonderem Maße beteiligt und interessiert. Die Europäische Gemeinschaft für

Kohle und Stahl setzte den Prozess in Gang, der über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Union führte. Überdies hat Nordrhein-Westfalen besonders enge Beziehungen zu seinen Nachbarn, den Benelux-Ländern. Vor allem in kritischen Zeiten ist die europäische Einbindung Quelle der Stabilität und der Zukunftschancen.

12. Die Krise seit 2008 hat Auswirkungen weit über die Grenzen des Landes hinaus. Sie hat naturgemäß die Schlussdebatte der Kommission stark beeinflusst, ohne zuvor Entwickeltes aufzuheben. Als Wirtschaftskrise ist sie weltweit, wenngleich sie verschiedene Regionen in unterschiedlicher Schärfe trifft. Auch gibt es beträchtliche Differenzen in der Bewertung ihrer Bedeutung. Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland im Rahmen seiner internationalen Bindungen (EU, G8, G20) die Krise bewältigen wird. Dieser Prozess könnte jedoch eine längere Zeit brauchen, als viele gegenwärtig für erträglich halten. Die Krise wird jedenfalls für geraume Zeit

Nachwirkungen haben. Es gibt Zeichen für Gewaltausbrüche, die den Zusammenhalt freier Gesellschaften gefährden. Spiegelbildlich wird Sicherheit für viele ein erstrebenswertes Ziel sein als Reformen. Nach einer Periode des reduzierten, in mancher Hinsicht minimalen Staates werden öffentliche Institutionen an Bedeutung gewinnen. Zugleich werden die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen die Folgen der aus weithin akzeptierten Gründen angewachsenen Schulden zu tragen haben. Steuererhöhungen und Inflationsgefahren werden das Verhalten von Wählern und Gewählten beeinflussen. Man mag hoffen, dass am Ende sowohl nachhaltige Wandlungen der Mentalität aller Wirtschaftenden als auch der Abschied von der Maßlosigkeit und die Wiederentdeckung der Verantwortung aller für das ganze Gemeinwesen stehen. Das sind indes eher unwägbare und jedenfalls langfristige Entwicklungen, deren Zielrichtung die Vorschläge der Kommission zwar beeinflusst, aber nicht fundamental verändert hat.

Nordrhein-Westfalens Eigenart

13. Neben solchen allgemeinen Herausforderungen gibt es Sonderentwicklungen Nordrhein-Westfalens, zu denen dieser Bericht Stellung nehmen muss und wird. Die auffälligste unter diesen betrifft das wirtschaftliche Wachstum. Während dieses in Nordrhein-Westfalen dem Rhythmus der Wirtschaft der Bundesrepublik insgesamt gefolgt ist (und diesen dank seiner Größe in beträchtlichem Maße bestimmt hat), zeigt das Land seit Mitte der 1960er-Jahre ein deutlich schwächeres Wachstum als andere Flächenländer. Insbesondere fällt die Divergenz zu den süddeutschen Ländern, also Bayern und Baden-Württemberg, auf. Daher ist der Anteil Nordrhein-Westfalens am deutschen Bruttosozialprodukt in den fünf Jahrzehnten nach 1955 von 33 % auf 26 % gesunken, während der Bayerns (und in geringerem Maße Baden-Württembergs) auch nach der Wiedervereinigung noch stark gestiegen ist. Diese Entwicklungen spiegeln sich in einem deutlich niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen in Nordrhein-Westfalen als in den süddeutschen Ländern.
14. Nordrhein-Westfalen ist und war in der Vergangenheit noch stärker geprägt durch große Unternehmen. Zwar gibt es in mehreren Landesteilen zahlreiche mittelständische Betriebe, aber diese bestimmen nicht das Klima des Wirtschaftens. Wie in anderen Bundesländern werden auch in Nordrhein-Westfalen jährlich viele Tausend neue Unternehmen gegründet und alte aufgelöst. Dennoch ist in den Kerngebieten von Nordrhein-Westfalen der dominante Einfluss großer Unternehmen spürbar. Trotz eindrucksvoller Statistiken steht Nordrhein-Westfalen in dem Ruf, kein Gründerland zu sein.
15. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen verlief parallel zu den Trends in der ganzen Bundesrepublik, d. h. der Bevölkerungssaldo (die Zahl der Geburten im Vergleich zu den Todesfällen) fiel in den 1960er- und 1970er-Jahren um nicht weniger als 50 %. Der Verlust wurde durch starke Zuwanderungswellen unmittelbar nach Kriegsende, dann in den frühen

1970er-Jahren und wieder nach der deutschen Vereinigung kompensiert. Allerdings gab es durchweg auch eine starke Abwanderung, die sowohl in den 1980er-Jahren als auch in der jüngsten Vergangenheit die Zuwanderung überstieg, in den Jahren 2005–2020 wird Nordrhein-Westfalen möglicherweise mehr als eine halbe Million Bürger (von 18 Millionen Einwohnern) durch Abwanderung verlieren. Nordrhein-Westfalen ist nicht das Kalifornien der Bundesrepublik Deutschland.

16. Das Wanderungsbild spiegelt sich in der Bildungsstatistik. Nordrhein-Westfalen hat eine der niedrigsten Akademikerquoten in der Bundesrepublik Deutschland und zugleich die höchsten Studentenzahlen. Nach dem Hochschulboom der 1970er- und 1980er-Jahre mit zahlreichen Neugründungen von Universitäten hat Nordrhein-Westfalen fast durchweg doppelt so viele Studierende wie die „Bildungsländer“ Bayern und Baden-Württemberg. Studierende an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens bleiben jedoch nicht im Lande. Die im Vergleich niedrige Akademikerquote zeigt, dass Nordrhein-Westfalen ein Bildungs-Exportland ist.
17. Die andere Seite des Exports von Hochqualifizierten ist das Verbleiben von eher Niedrigqualifizierten. Auch in Nordrhein-Westfalen hat der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung durch den Anstieg der Anzahl erwerbstätiger Frauen in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Heute sind fast 50 % der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens erwerbstätig; 1950 waren es weit unter 40 %. Zugleich aber ist der Anteil der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen deutlich höher als in den vergleichbaren Flächenstaaten (im Jahr 2008 8,5 % in Nordrhein-Westfalen gegenüber 4,9 % in Baden-Württemberg). Insbesondere der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit geht in Nordrhein-Westfalen nur zögernd voran (s. Bericht Arbeitsgruppe 2, S. 60).
18. Der Charakter der Industrie Nordrhein-Westfalens hat es mit sich gebracht, dass das Land in der Vergangenheit ungewöhnlich stark unter belastenden Umweltbedingungen gelitten hat. Es gehört zu den großen Errungenschaften von Regierungen und Unternehmen, dass diese in den letzten Jahrzehnten stark reduziert worden

sind. Dafür gibt es anekdotische Belege: nicht nur den blauen Himmel über der Ruhr, sondern auch die Fische in der Ruhr. Es gibt vielsagende erfreuliche Zahlen wie die Reduktion der Feinstaubwerte auf die erlaubten Grenzen seit den 1970er-Jahren. Indes bleibt das Land ein Problemfall, wenn man den CO₂-Ausstoß als Maß nimmt: Dem Wert von 10 t pro Kopf für Deutschland als Ganzes stehen für Nordrhein-Westfalen 14,5 t pro Kopf gegenüber.

19. Wie andere Bindestrich-Länder auch hat Nordrhein-Westfalen es nicht leicht gefunden, eine eigene Identität zu entwickeln. Bayern – kein Bindestrich-Land! – lässt sich gerne mit dem Spruch „Laptop und Lederhosen“ beschreiben. In Baden-Württemberg hat die Regierung sich für den Werbeslogan „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ entschieden. Nordrhein-Westfalen liebt diese Sprüche nicht, zumal seine Bürger Hochdeutsch können und keine Lederhosen tragen. Es bleibt indes insbesondere ein Problem: Ist Nordrhein-Westfalen ein Land weniger großer Agglomerationen oder vieler kleiner Heimaten? Es wird gerne von „Metropolregionen“ gesprochen, aber auch von den zahlreichen Verkehrsbetrieben dokumentiert, dass es in den Städten und Vororten zuweilen nicht einmal kompatible Schienenanlagen für den Nahverkehr gibt. Gleichwohl hat sich in wachsendem Maße ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt: „Wir in Nordrhein-Westfalen“ ist heute mehr als ein politischer Slogan. „Wir in Nordrhein-Westfalen“ ist Ausdruck einer gemeinsamen Identität, wie sie nicht zuletzt bei den Feiern zum 60. Geburtstag des Landes 2006 spürbar wurde. Sie drückt sich auch im Lebensgefühl der Menschen hier im Lande aus, Probleme nicht lange zu beklagen, sondern für eine als gerecht und notwendig empfundene Lösung auch dann anzupacken, wenn es größerer Anstrengung bedarf als anderswo. Die hiesige Mentalität schätzt Solidarität nicht nur im Inneren, sondern gewährt sie auch nach außen.
20. Nordrhein-Westfalen ist eines der großen und erfolgreichen Industrieländer der Welt. Vergleicht man es nicht mit den sehr viel kleineren süddeutschen Ländern, sondern mit den Mitgliedern der OECD, dann gehört es nach allen Maßen zu den oberen 20 Ländern. Bedenkt man den Struktur-

wandel, den Nordrhein-Westfalen seit Kriegsende bewältigt hat, dann ergibt sich eine Erfolgsgeschichte. Sucht man nach zukunftsweisenden Initiativen im heutigen Nordrhein-Westfalen, dann fehlt es nicht an Leuchttürmen, die den Weg zur Innovation weisen. Die Verbindung von Innovation und Solidarität, die lebendig zu halten die Kommission empfiehlt, ist selbst eine viel beachtete Leistung. Manche sprechen vom „rheinischen Kapitalismus“.

- 21.** Besonders auffällig ist, dass ein Motor des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs Westdeutschlands nach dem Kriege – das Ruhrgebiet – schon zu lange nach einem oder besser seinem neuen Selbstverständnis sucht. Lokale Abgrenzung hilft dem „Revier“ so wenig wie der Versuch, es mit New York zu vergleichen oder es zu einer Megametropole in Deutschland umzudefinieren. Wichtige Städte der Ruhrgebietsregion haben so wenig wie andere die mentalen Folgen der kommunalen Neugliederung, die vor Jahrzehnten notwendig schien, verarbeitet. Die Bürgerinnen

und Bürger der Städte des Ruhrgebietes beziehen sich aufeinander und bekennen sich zum Revier, aber sie beziehen sich auch auf ihre angrenzenden ländlichen Regionen, die sie zum Teil in erheblichem Umfang als Erholungsraum nutzen. Die Städte des Ruhrgebietes sind von traditionsreichen, landschaftlich attraktiven Gebieten umgeben. Der Niederrhein, das Münsterland, das Sauerland, das Bergische Land sind Beispiele für eine von den Menschen angenommene und beliebte Nachbarschaft, die ebenso identitätsstiftend wirkt wie der Bezug zum gemeinsamen Kern, dem Revier oder dem Ruhrgebiet. Die Ruhrgebietsstädte sollten mehr praktisch als appellativ an ihrer Vernetzung und ihrem Zusammenhalt arbeiten. Es gilt, die praktischen Kooperationen zu intensivieren. Es bedarf mehr funktionierender gemeinsamer Initiativen. Durch praktische Vernetzung und Kooperation muss ein politischer Prozess unter Beweis gestellt werden, der die Metropolenbildung aus Fakten und nicht aus gut gemeinten Ansprüchen befördert.

Spitzenleistungen und sozialer Zusammenhalt

- 22.** Die Kommission hat nicht viel Zeit damit verbracht, vergangene und gegenwärtige Tendenzen in die Zukunft zu verlängern. Derlei Extrapolationen mögen manchmal nützlich sein; zuweilen sind sie indes irreführend, ja falsch; vor allem aber vernachlässigen sie die Notwendigkeit, die Zukunft nicht nur zu ertragen, sondern sie zu gestalten. Dieser Bericht soll Hinweise geben auf Notwendigkeiten und Spielräume solcher Gestaltung. Er soll Zielsetzungen formulieren und Wege zu den Zielen andeuten. Das geschieht in den folgenden vier Abschnitten, in denen die Rede ist von: Bildung (II), Arbeit (III), Wachstum und Innovation (IV) und von einer Gesellschaft aktiver Bürger (V). Das Leitthema der begrenzten Zahl von hier vorgeschlagenen Veränderungen ist mit dem Titel „Innovation und Solidarität“ bezeichnet. Das Land Nordrhein-Westfalen wird sich auch in Zukunft dem globalen Wettbewerb stellen. Es tut dies, ohne seine traditionellen

Stärken in Wirtschaft und Gesellschaft preiszugeben. Die Aufgabe lautet: Wie können wir Spitzenleistungen verbinden mit der Pflege des sozialen Zusammenhalts?

II. Bildung zur Befähigung aller

Grundrecht und Chance

- 23.** An der Spitze unserer Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft steht das Thema der Bildung, denn die Befähigung der Bürger ist der Schlüssel zum Leben in einer freien und offenen Gesellschaft. Bildung ist notwendige Voraussetzung der beruflichen Arbeit, aber auch der Lebensfähigkeit überhaupt. Sie ist eine Quelle der Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft. Bildung ist zugleich ein zentrales Instrument der Einbindung vielfältiger Gruppen in ein solidarisches Ganzes. Von der Stellung der Frauen bis zur politischen Teilnahme, von der Integration von Migranten bis zur Förderung des kreativen Potenzials der Menschen und der Vorbereitung aller für ein erfülltes Leben ist Bildung notwendige Voraussetzung. Bildung ist insofern Befähigung, also die Entfaltung der Fähigkeiten von Menschen.
- 24.** Die Chancen der Bildung sind ein Grundrecht aller. Sie sind Voraussetzung der Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben. Es ist daher eine Aufgabe des Gemeinwesens, diese Chancen zu eröffnen. Doch sind gleiche Bildungschancen für alle nur eine Hälfte dessen, was nützt; die andere Hälfte obliegt den Bürgern selbst. Wer von den Chancen, die geboten sind, keinen Gebrauch macht, zahlt dafür einen Preis. Die Gesellschaft kann also nicht mehr tun als Menschen zu ermutigen und ihnen Wege zu eröffnen; gehen müssen die Menschen selbst.
- 25.** Die Realisierung des Grundrechts auf Chancen der Bildung verlangt, dass wir das für Deutschland kennzeichnende bildungspolitische Schisma überwinden. Die einen sehen eine „höhere Bildung“, die sich aus dem deutschen Idealismus speist, dann in Gefahr, wenn sie durch ökonomische Motive und Erwägungen der Nützlichkeit gleichsam verunreinigt wird. Andere wiederum betonen vornehmlich den praktischen Nutzen von Bildung. Dieses Schisma hat sich in der deutschen Bildungslandschaft auch institutionell ausgeprägt in getrennten, oft gegeneinander abgeschotteten Bildungs- und Ausbildungswegen, auf denen die beiden aufstrebenden Klassen des 19. Jahrhunderts – das städtische Bürgertum einerseits und die Arbeiterschaft andererseits – ihren je eigenen Zugang zu Aufstieg und Anerkennung suchten. Die Kommission hält dieses Schisma für einen Irrweg. Die Abschottung der bildungspolitischen Welten hat zu einer bildungsfernen Ausbildung und zu einer praxisfernen Allgemeinbildung geführt. Die Kommission plädiert demgegenüber für ein Gesamtsystem der Befähigung, das durch eine neue Zuordnung von theoretischen und praktischen Elementen von der Schule über die berufliche Ausbildung bis hin zu den Hochschulen reicht. Nur so ist dann auch jener kreative, innovationsorientierte Umgang mit Wissen möglich, der das Leben in modernen Gesellschaften prägt.

Der „normale“ Bildungsweg

- 26.** Bildung als Befähigung ist also mehr als der „normale“ Weg vom Kindergarten und ersten Schultag zum Abitur und zur Hochschule. Die Kommission schätzt diesen Weg keineswegs gering ein. Sie begrüßt ausdrücklich die Initiativen des Landes zum Ausbau der vorschulischen Bildung, zur Verbesserung der Schulen, der Ausbildung und Stellung von Lehrern. Mitglieder der Kommission haben allerdings betont, dass Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf diesen „normalen“ Bildungsweg noch einen weiten Weg zu gehen hat. Die Arbeitsgruppen 1 und 3 haben in ihren Berichten wichtige Anregungen für nötige Reformen gegeben.
- 27.** Zum „normalen“ Bildungsweg gehören für immer mehr Menschen auch die Hochschulen. Sie haben über ihre bildungspolitische Aufgabe hinaus die weitere Aufgabe der Befähigung zur Innovation. Diese wird neuerdings in Deutschland vor allem unter dem Stichwort Exzellenz diskutiert. Es geht um die Beantwortung der Frage, wie den Fähigsten und Besten Möglichkeiten angeboten werden können, die ihre Kreativität herausfordern und damit fruchtbar machen für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir nehmen die in diesem Zusammenhang entstehenden Fragen im IV. Abschnitt, der der Innovation gilt, noch einmal auf.

Warum nicht nachgelagerte Studiengebühren?

Worum geht es?

Die Finanzierung des Studiums über Studiengebühren wird neu ausgerichtet. Studiengebühren sollen erst nach dem Studium anfallen, abhängig vom Verlauf des Studiums (Dauer, Prädikat) und von der wirtschaftlich erfolgreichen Eingliederung in das Berufsleben. Die Einnahmen kommen in vollem Umfang der Hochschule zugute

Was spricht dagegen?

- Nachgelagerte Studiengebühren haben einen deutlich höheren Verwaltungsaufwand.
- Sie sind ein zinsloses Darlehen, ohne Gewähr, dass es vollständig zurückgezahlt wird.
- Nach dem Studium sinkt die Bereitschaft der Absolventen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ausweichreaktion bzw. Betrug sind denkbare Folgen.

Was spricht dafür?

- Generell gilt: Studiengebühren, die den Hochschulen zustehen, lösen einen Wettbewerb zwischen den Universitäten um Studenten aus. Das führt zu einer besseren Betreuung der Studenten und zu einer besseren Lehre (Professoren bemühen sich um ihre „Kunden“!).
- Studiengebühren (ob vor- oder nachgelagert) führen zu einer besseren finanziellen Ausstattung der Hochschulen.
- Nachgelagerte Studiengebühren erhöhen die Chancengleichheit. Das bisherige System der Hochschulen und ihrer Finanzierung hat zu einem ungleichen Zugang zu den Hochschulen geführt und nicht verhindert, dass große Teile der jungen Bevölkerung (Arbeiterkinder, Migranten) unterrepräsentiert sind. Das System der nachgelagerten Studienfinanzierung behandelt alle gleich, gibt allen die gleichen Chancen und lässt beim Modus der Rückzahlung nur die Leistung entscheiden.

Was kann das Land tun?

Das Land kann sich am Hamburger Modell orientieren und nachrangige Studiengebühren einführen. Dadurch wird der Vorteil von Studiengebühren (gerecht und wirtschaftlich) verknüpft mit dem sozialpolitischen Ziel der Chancengleichheit und der bildungspolitischen Notwendigkeit, mehr Akademiker auszubilden.

28. Die Kommission konzentriert jedoch ihre bildungspolitischen Empfehlungen auf diejenigen, die auf dem „normalen“ Bildungsweg nicht erfolgreich sind. Das sind vor allem vier Gruppen: Menschen, denen die Eingangsvoraussetzungen für schulische und weiterführende Bildung fehlen; Menschen, die vorzeitig und ohne Abschluss aus Schulen abgehen; Menschen, deren Fortkommen durch unzulängliche Berufsausbildung behindert wird; Menschen, die später im Leben die Fähigkeit brauchen, neue Wege zu gehen, diese aber im gegenwärtigen System nicht hinlänglich entwickeln können. Dass diese Gruppen sich teilweise überlagern, bedeutet auch, dass eine Bildungs-Unter-

schicht entsteht, der eine besondere Aufmerksamkeit gelten muss. Die Konzentration auf benachteiligte Gruppen heißt, dass wir den Akzent auf vier vertraute, aber in der Vergangenheit nur unzulänglich gelöste Aufgaben lenken:

- die frühkindliche Bildung;
- Schulabbrecher, die auf den bisherigen Wegen „verloren gehen“;
- das duale System und seine weitere Modernisierung;
- den bisher wenig geordneten Bereich, der unter dem Stichwort „Weiterbildung“ beschrieben werden kann.

Wege aus der Benachteiligung

29. Es ist heute eine weithin akzeptierte Einsicht, dass die entscheidenden Weichenstellungen für die Befähigung von Menschen in der frühen Kindheit erfolgen. Das gilt nicht nur für das sprachliche und numerische Grundwissen, sondern vor allem für die Lernfähigkeit, Lernbereitschaft und das Zusammenwirken mit anderen („soziale Fähigkeiten“). Was im früheren Kindesalter versäumt wird, lässt sich – wenn überhaupt – später nur unter beträchtlichem Aufwand aufholen. Vorschulische Bildung ist also ebenso wichtig wie Schulbildung.
30. Der bestimmende Einfluss auf frühkindliche Befähigung geht von der Familie aus, in der Kinder aufwachsen. Diese hat in modernen Gesellschaften mancherlei Formen; es muss sich nicht um „klassische“ Familienstrukturen handeln. Das familiäre Umfeld prägt jedoch Talente und Motive für das ganze Leben. In der Familie ist daher die erste Verantwortung für die Zukunft von Kindern zu sehen. Was immer getan werden kann, um Familien in dieser Verantwortung zu stärken, muss getan werden. Es kann nicht Aufgabe des Gemeinwesens sein, den Familien grundsätzlich die Pflichten abzunehmen, die sich aus dieser Verantwortung ergeben.
31. Zugleich ist der Kommission wohl bewusst, dass viele Familien das Erforderliche nicht leisten können oder wollen. Vorschulische Bildung muss daher für viele in eigens zu dem Zweck geschaffenen Einrichtungen erfolgen. Immer noch herrscht ein deutlicher Mangel an Einrichtungen, in denen kleine Kinder ganztägig lernen und spielen können. Solche Einrichtungen sind teuer, aber für eine innovative Wissensgesellschaft unentbehrlich. Sie sind überdies ein Gebot des Grundrechts auf Bildung. Ein umfassendes Programm der Schaffung von frühkindlichen Tagesstätten und der Ausbildung von Fachkräften für diesen Zweck hat hohe Priorität. In dieser Hinsicht hat Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte gemacht, indem die Landesregierung die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren von rund 11.000 auf mittlerweile 86.000 Plätze aufgestockt hat. Außerdem wird sie den Kommunen ab 2011 freistellen, ein beitragsfreies Kindergartenjahr einzuführen. Die Kommission plädiert für eine allgemeine Beitragsfreiheit für Einrichtungen der frühkindlichen Förderung. Sie ist sich dabei zugleich der Tatsache bewusst, dass eine solche Beitragsfreiheit vor allem den Mittelschichten zugutekommen würde, weil Familien mit geringen Einkommen schon jetzt keine Beiträge entrichten müssen. Das ist aber gerade im Hinblick auf eine dringend notwendige finanzielle Entlastung der Leistungsträger unserer Gesellschaft und auch hinsichtlich einer besseren Verbindbarkeit von Familie und Beruf geboten.
32. Ein besonderes Problem der frühkindlichen Bildung – das im Übrigen auch für Ganztagschulen (die wir empfehlen) gilt – ist die Versorgung mit einer warmen Mahlzeit. Auch hier entstehen beträchtliche Kosten. Zugleich aber kann die warme Mittagsmahlzeit mehrere sozial erwünschte Zwecke erfüllen. Wir wissen, dass viele Kinder in Armut keine regelmäßigen Mahlzeiten bekommen. Wir wissen auch, dass ungesundes Essen ebenso verbreitet wie schädlich ist. Analog zum „Essen auf Rädern“ für Ältere sind (transportable) Mahlzeiten für Kinder zugleich notwendige Lebenshilfe und Mittel der Armutsbekämpfung.
33. Die Kommission stellt fest, dass 7 % aller jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen (8 % in der Bundesrepublik) ohne jeden Abschluss in ein Leben unsicherer Berufschancen treten. Viele Schulabbrecher leiden zusätzlich an anderen Benachteiligungen, z. B. als Migrantenkinder. Hier besteht eine gesellschaftliche Verantwortung und zugleich ein allgemeines Interesse. Indes hat die Kommission weder in ihrem Kreis noch bei ihren Nachforschungen ein überzeugendes Konzept zur Abhilfe gefunden. Ansätze, die berufsbildende Maßnahmen mit Jugendsozialarbeit verbinden, dürften erfolgversprechend sein. Auch könnte ein allgemeiner Sozialdienst einen Beitrag zur Integration der Bildungsverlierer leisten. Es bleibt aber ein in vielen modernen Gesellschaften bekanntes Problem.
34. Die Kommission hat sich ausdrücklich nicht mit Strukturfragen des Schulsystems beschäftigt.

Der Grund dafür liegt zum Teil in der notwendigen Begrenzung unserer Thematik. Es gab allerdings auch die Auffassung, dass Fragen der Begrifflichkeit (z. B.: Hauptschule – ja oder nein?) in der Sache wenig ergiebig sind. Dass eine Mehrzahl von Schultypen nebeneinander bestehen, kann eine Stärke sein. Überdies haben Schulen oft eine starke lokale Einbindung, die es

zu fördern gilt. Nur gilt es, Entstehung und Fortbestand von „Restschulen“ für die Zukunftsgekommenen zu vermeiden. Wünschenswerte Veränderungen können vielfach auf bestehende Institutionen aufbauen. Die Kommission misst speziellen, oft aus örtlichen Gegebenheiten entstehenden Erfahrungen und Initiativen besondere Bedeutung bei.

Duales System

35. Kernstück unseres Konzepts der Zukunft der Bildung zur Befähigung ist das sogenannte duale System. Die Allianz von (Hoch-)Schule und Betrieb – der Betrieb als Lernort – ist eine der Stärken des deutschen Bildungswesens. Nach wie vor durchlaufen zwei Drittel eines Altersjahrgangs eine duale Ausbildung. Gleichwohl ist die Modernisierung des dualen Systems nach unserer Meinung eine zentrale Aufgabe einer Bildungspolitik, die die Menschen des Landes auf das Leben in 20 Jahren vorbereitet.

36. Die nötige Reform des dualen Systems hat drei zentrale Aufgaben:

- die Sicherung eines ausreichenden Lehrstellenangebots in Berufsschulen und Betrieben;
- die deutliche Konzentration auf Befähigung und damit die Anerkennung des Bildungswertes praktischer Fertigkeiten;
- die Öffnung der weiterführenden Hochschulen für berufliche Qualifizierung.

In allen drei Bereichen sind wichtige Ansätze vorhanden, die weiter ausgebaut und erprobt werden müssen. Es spricht jedoch einiges für die Berufung einer Reformkommission, die das duale System als Ganzes untersucht. Der Bericht der Zukunftskommission muss sich auch hier darauf beschränken, gleichsam Wegweiser für Reformwege zu errichten.

37. Entscheidend ist die Erhaltung des Betriebes als Lernort. Das ist angesichts der Veränderungen der Unternehmensstruktur nicht einfach. Schon heute gibt es zahlreiche ausbildungsferne Betriebe. Um diese an die praxisbezogene Bildung heran-

zuführen und damit das duale System für alle zu öffnen, ist stärkere Kooperation nötig. Das gilt sowohl für Ausbildungsverbände zwischen Klein- und Mittelbetrieben als auch für schulische Einrichtungen. Die häufig nur lose Kooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen (einschließlich Berufskollegs) kann durch den Ausbau regionaler Kompetenzzentren gestärkt werden. In diesen müssten alle Bildungsbereiche von der Vorbereitung für Ausbildung über die Erstausbildung zur Weiterbildung vertreten sein. Die Kompetenzzentren sollten gemeinsam von Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, der Berufsschulen und der Arbeitsverwaltung betrieben werden. Dafür und auch für die Finanzierung der Kompetenzzentren sind Vorbilder in den Niederlanden und in Dänemark relevant.

38. Angesichts der generellen Bevorzugung der hier als „Normalweg“ beschriebenen Tertiärisierung der Bildung haben andere Bildungswege eine deutliche Abwertung erfahren. Diese aufzuhalten und umzukehren, verlangt eine Neubewertung von Bildungsinhalten. Diese kann nicht dadurch erfolgen, dass etwa Berufsschulen traditionelles Bildungswissen vermitteln. Vielmehr müssen praktische Befähigung und Betätigung selbst einen neuen, eigenen Stellenwert erlangen. An die Stelle des Stigmas der Haupt- und Berufsschulen sollte der Stolz auf wichtige Fertigkeiten treten. Eine solche Veränderung von Einstellungen zu fördern, ist auch eine Aufgabe für öffentlich Wirkende in Politik und Wirtschaft.

39. Ein Element der nötigen Veränderung von Mentalitäten ist die Öffnung der weiterführenden Hochschulen für die berufliche Bildung. Der Hochschul-

zugang für beruflich Gebildete muss weiter erleichtert werden, über das erfolgreiche Modell der Doppelqualifizierung (Abitur und Ausbildungsabschluss) in den Berufskollegs und beruflichen Gymnasien hinaus. Die Öffnung der Hochschulen und Fachhochschulen für Absolventen des dualen Systems wertet die praxisnahe Berufsausbildung auf und unterstützt die mit der Einführung von Bachelor-Studiengängen angestrebte Umorientie-

rung von Hochschulen auf Berufsbefähigung. Zugleich ermöglicht sie, dass der im dualen System gegebene Zusammenhang von Lernen und Arbeiten trotz der Expansion des tertiären Bildungssystems gewahrt bleibt. Insbesondere die Fachhochschulen sollten vermehrt Studiengänge anbieten, die von geeigneten Auszubildenden im dualen System an Stelle der Berufsschule belegt werden können.

Lebensphasen, Bildungsphasen

- 40.** Die Weiterbildung von Berufstätigen, vor allem aber von zum Berufswechsel Veranlassenen, ist als Forderung allgemein anerkannt; jedoch fehlt es an ausdrücklich zu diesem Zweck geschaffenen Chancen. Es ist festzuhalten, dass berufliche Weiterbildung nicht einfach als Anhängsel des dualen Systems gelten kann. 18-jährige Berufsanfänger und 45-jährige Berufswechsler haben unterschiedliche Bedürfnisse. Diese können zum Teil durch einen florierenden Zweiten Bildungsweg befriedigt werden. Jedenfalls sollte die Durchlässigkeit des Bildungssystems nicht mit dem ersten Berufseintritt enden. Doch ist dies nur ein Teil der Aufgaben, die zu bewältigen sind, wenn man (wie wir es empfehlen) das lebenslange Lernen ernst nimmt.
- 41.** Das Modell der „Lebenstreppe“ hat in modernen Gesellschaften ausgedient. Dass man in der Jugend lernt, als Erwachsener arbeitet und sich im Alter von den Strapazen des Arbeitslebens ausruht, gilt allenfalls noch für eine Minderheit. Heute hat sich die Situation grundlegend geändert. Wer nur in der Jugend lernt, wird in der künftigen Arbeitswelt Probleme haben. Für Erwachsene geht die Rechnung immer weniger auf: ein Leben, ein Beruf, eine Sicherheit. Die Arbeitswelt ist in ständigem Fluss und zwingt zur mehrfachen Umorientierung. Schon aus ökonomischen Gründen wollen Eltern berufstätig bleiben. Sie suchen das, was man im Englischen die work-life balance nennt, also ein ausgewogenes Verhältnis von beruflichem und privatem Leben. Menschen wollen auch jenseits der sogenannten Altersgrenze aktiv sein und nicht abgeschoben werden. Wenn sich das Bildungswesen und die Sozialsysteme nicht auf diese Veränderungen einstellen, hat das eine sträfliche Vergeudung von Chancen für Menschen und Ressourcen für die Gesellschaft zur Folge.
- 42.** Um Abhilfe zu schaffen, ist eine neue Balance von Bildungsphasen nötig. Auch in Zukunft wird jeder Erwerb neuer Befähigungen auf dem soliden Fundament dessen aufbauen, was man in der Jugend gelernt hat. Danach aber wird es nicht reichen, Volkshochschulkurse zu besuchen, dann und wann Bildungsurlaub zu nehmen oder Fortbildungsveranstaltungen wahrzunehmen. Das gilt insbesondere, wenn die absehbare Tendenz zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit eintritt. Doch ist es eine bedauerliche Tatsache, dass deutsche Unternehmen vergleichsweise wenig in die Weiterbildung ihrer Belegschaften investieren. Das bedeutet, dass Zeit, Geld und andere Ressourcen in beträchtlichem Umfang verfügbar gemacht werden müssen, damit Menschen in der Mitte des Lebens neue Kompetenzen erwerben können.
- 43.** Die Notwendigkeit höherer Investitionen in Bildung über den gesamten Lebensweg verlangt eine kollektive Anstrengung, die der Einführung der allgemeinen Schulpflicht vergleichbar ist. Sie kann mittelfristig auch zu einer deutlichen Entlastung der Sozialbudgets beitragen. Alle relevanten Organisationen und Institutionen müssen dazu ihren Beitrag leisten. Wichtig bleibt jedoch, dass individuelle Wahlchancen gestärkt werden. Die Kommission schlägt daher vor, allen Bürgern die Möglichkeit einzuräumen, ein Jahr in der Mitte des Lebens gleichsam als Auszeit für den Erwerb neuer Befähigungen zu verwenden. Auf diese

Weise werden nicht nur Lebenslagen, sondern auch Lebensübergänge abgesichert. Die Form der Finanzierung dieser Möglichkeit – z. B. in Form von Lebensarbeitszeitkonten – bedarf weiterer Prüfung.

- 44.** Die Kommission befürwortet die hier skizzierte „große“ Lösung des Problems der Weiterbildung. Sie ist sich jedoch darüber im Klaren, dass diese nicht in einem Schritt erreichbar ist. Daher verweisen wir auf mögliche Zwischenschritte, die den Weg zum erwünschten Ziel ebnen. Dazu zählen z. B.: die tarifliche Schaffung von Teilnahmerechten für besonders benachteiligte Beschäftigungsgruppen; Förderung des Bildungssparens durch Lernzeit- und Arbeitszeitkonten; Sonderprogramme für niedrig Qualifizierte in Klein- und Mittelbe-

trieben; größere Transparenz und klarere Standards des Weiterbildungsmarktes; arbeitsplatznahe Sonderprogramme für Problemgruppen.

- 45.** Die Kommission legt Wert darauf, noch einmal ausdrücklich ihre Unterstützung für eine offene Bildungspolitik im Interesse aller Gruppen zu betonen. Der Weg vom Kindergarten zur Hochschule bleibt ein allen zugänglicher „Normalweg“ der Bildung. Es liegt jedoch in der Absicht unseres Grundthemas – Innovation und Solidarität –, denen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die diesen Weg nicht oder nur teilweise beschreiten. Eine innovative Gesellschaft gibt jedem und jeder die Chancen, seine und ihre Fähigkeiten zu entfalten, und eine solidarische Gesellschaft lässt niemanden zurück.

Warum nicht ein allgemeiner Sozialdienst für alle jungen Frauen und Männer?

Worum geht es?

An Stelle der bisherigen Pflichten und Angebote (Wehrpflicht, Zivildienst, freiwilliges soziales und ökologisches Jahr) wird ein allgemeiner Sozialdienst für alle jungen Frauen und Männer eingeführt. Nach einer Änderung des Grundgesetzes können sie zwischen den verschiedenen Angeboten frei wählen. Das schließt auch Einsätze im Ausland, etwa im Rahmen eines „Peace Corps“, oder ähnliche Dienste ein.

Was spricht dagegen?

- Zwangsverpflichtungen führen zu Widerstand.
- Junge Leute werden überfordert: Sie sollen Ausbildung und Studium beenden, sich in die Arbeitswelt einfädeln, eine Familie gründen und nun auch noch ein Jahr für das Gemeinwesen opfern?
- Ein verbindlicher Sozialdienst steht in unzulässiger Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Angeboten.

Was spricht dafür?

- Das Einüben von Solidarität und sozialer Praxis stärkt die Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwesen. Insbesondere für die Sozialisation junger Männer wird der Sozialdienst eine heilsame Wirkung entfalten.
- Ein verbindlicher Sozialdienst stellt die gesellschaftliche Teilhabe auf eine breitere Grundlage. Neben der Schule ist der Sozialdienst der einzige soziale Ort, an dem alle teilhaben.
- Angesichts des demografischen Wandels entlastet der Sozialdienst die Fachkräfte.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Nordrhein-Westfalen kann in der Öffentlichkeit dafür werben sowie eine Bundesratsinitiative starten. Tenor der Initiative: Der Staat nimmt sich selbst in die Pflicht und unterstützt die jungen Menschen bei ihrem Pflichtdienst. So sind sie u. a. gesetzlich sozialversichert und haben – analog zu den Auszubildenden – Anspruch auf Kindergeld und alle daran geknüpften staatlichen sowie tariflichen Folgeleistungen. Dazu gibt es analog zum jetzigen Wehr- oder Zivildienst Ausgleichszahlungen.

III. Die neue Welt der Arbeit

Flexibilität und ihr Preis

46. In keinem Lebensbereich der Menschen sind die Veränderungen der Zeit so tief greifend wie in der Welt der Arbeit. Einschneidend wirkt vor allem in Deutschland die abnehmende Bedeutung der vertrauten Normalarbeitsverhältnisse. Die Zukunftskommission Bayern/Sachsen hat diese Tendenz schon vor mehr als zehn Jahren festgestellt und im Detail belegt. Sporadisch erhobene Daten erlauben den Schluss, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundesrepublik abgenommen hat und weiter abnimmt, während zugleich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten steigt. Für Nordrhein-Westfalen ist eine zusätzliche Entwicklung bezeichnend, nämlich die Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen in großen Unternehmen. Damit werden zwei Elemente der Sicherheit der Lebensplanung von Menschen gleichzeitig infrage gestellt: die tariflichen, zum Teil auch rechtlichen Bedingungen des Arbeitsverhältnisses und der Kontext wenig konjunkturanfälliger Großunternehmen.

47. Es wird zweifellos auch in Zukunft Berufe im klassischen Sinn geben. Manche sprechen heute von „guter Arbeit“, die Beruf und Lebensumfeld ganzheitlich verknüpft. Indes sind gewisse Veränderungen von dauerhafter Wirkung. Dazu gehört:

- die Lockerung von Unternehmensstrukturen durch Outsourcing und Verlagerung in andere Länder, damit die Reduktion von „Stammbelegschaften“;
- die Entstehung von Arbeitsunternehmen, die fungible Arbeitskräfte auf dem Markt anbieten („Leiharbeit“);

- die ständige Veränderung beruflicher Qualifikationen, die vorhandene Qualifikationen obsolet machen kann;
- die starke Reaktion des Arbeitsmarktes auf konjunkturelle Schwankungen, die zwar in Deutschland gedämpfter ist als etwa in der angelsächsischen Welt, aber in der Krise auch hier viele Arbeitsplätze gefährdet.

Solche und ähnliche Entwicklungen stellen vertraute Vorstellungen der Sicherheit für viele Teilnehmer des Arbeitsmarktes infrage.

48. Die notwendige Antwort der Beschäftigten auf diese Wandlungen hat einen Namen: Flexibilität. Die erforderliche Flexibilität ist unzweifelhaft eine Zumutung. Die mit Fragen der Beschäftigung befasste Arbeitsgruppe 2 der Kommission hat die resultierende Flexibilitätszumutung eindringlich beschrieben. Die Kommission macht sich viele ihrer Schlussfolgerungen zu eigen. Das gilt insbesondere für den Grundsatz (S. 87): „Sicherheit wird in Zukunft weniger die Sicherheit eines bestehenden Arbeitsplatzes als vielmehr Beschäftigungssicherheit auf einem dynamischen Arbeitsmarkt sein. Es wird ein Paradigmenwechsel von Bestandssicherheit für einige zu Beschäftigungssicherheit für alle stattfinden müssen.“

49. Die Zumutung der Flexibilität hat vor allem die Folge eines unausweichlichen Konflikts zwischen den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und den Bedürfnissen des sozialen Zusammenhalts. Auf den ersten Blick scheint das Gesetz zu gelten: Je flexibler die Beschäftigten sind, desto weniger Solidarität

entsteht. Je stärker die Solidarität ist, desto weniger sind Menschen für den flexiblen Arbeitsmarkt qualifiziert. Der Gegensatz wird noch verschärft, wenn er das Verhältnis der Generationen durchdringt: Flexible Jüngere sind eher weniger geneigt und in der Lage, die Ansprüche der Älteren zu befriedigen. Solche Gegensätze müssen nicht vorherrschend werden; doch stellen sie besondere Anforderungen an familiäre und lokale Beziehungen.

- 50.** Für den sozialen Frieden und Zusammenhalt ist es insbesondere wichtig zu vermeiden, dass zwei scharf abgegrenzte Kategorien entstehen: die

auf Lebenszeit Gesicherten und die in ihrer Sicherheit ständig Bedrohten. Es mag Menschen geben, deren Lebensplan befristete oder Teilzeitbeschäftigung erlaubt, aber insgesamt ist Sorge dafür zu tragen, dass die Entstehung einer Reservearmee von unsicher Beschäftigten – „die letzten drinnen, die ersten draußen“ – vermieden wird. Das bedeutet einerseits eine Verringerung der nach dem alten Modell des öffentlichen Dienstes „zementierten“ Positionen auf Lebenszeit, andererseits die Offenheit von auf lange Fristen angelegten Beschäftigungsverhältnissen für bisherige Zeit- und Leiharbeiter.

Erleichterungen und Absicherungen

- 51.** Im Übrigen sind Maßnahmen erforderlich, um zwei Ziele zu erreichen: Erleichterungen und Absicherungen der Flexibilität. Die nötigen Erleichterungen liegen vor allem in der Befähigung und unterstreichen noch einmal die große Bedeutung der sogenannten Weiterbildung (s. oben II.).

- 52.** Ein besonderes Problem schafft das Verhältnis von Flexibilität und (geografischer) Mobilität. In großen Teilen der USA zögern Menschen nicht, ihren Wohnsitz auch über weite Distanzen zu verändern, um Arbeit zu finden. In Deutschland hat der Wohnsitz als Lebensmittelpunkt eine besondere Bedeutung. Menschen nehmen eher die Strapazen des täglichen Pendelns auf sich, als dass sie ihren Wohnsitz wechseln. Infolgedessen gibt es eine große Zahl von Fernpendlern und auch eine beträchtliche Zahl von Wochenpendlern, die also nur am Wochenende (und in Ferienzeiten) bei Familie und Freunden sind. Dies ist eines der Themen, bei denen sozialer Zusammenhalt gegen ökonomische Rationalität abgewogen werden muss. Der Schluss drängt sich auf, dass die Beibehaltung eines vertrauten Wohnsitzes eher gefördert als erschwert werden sollte.

- 53.** War bisher von Hilfen die Rede, die die Zumutung der Flexibilität erleichtern, so bleibt die schwierige Frage der Absicherung gegen die Folgen der Flexibilität. Auch hier hat die Arbeitsgruppe 2 ein wichtiges Prinzip formuliert: „Flexibilität ist kein

Selbstzweck, sondern Mittel zur Schaffung neuer Beschäftigungschancen und damit von mehr Beschäftigungssicherheit in einem zukunftsfähigen Sinne.“ Auch in dieser Hinsicht hat Bildung als Befähigung eine besondere Bedeutung. Befähigung ist immer auch das Erlernen des Umganges mit den Zumutungen der Flexibilität.

- 54.** Das Leben in modernen Gesellschaften bleibt abhängig vom Arbeitseinkommen. Daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Die Frage ist daher, ob es Formen der Ergänzung und Sicherung des Arbeitseinkommens gibt, die Flexibilität erleichtern. Hier sind eine Reihe von teils (vor allem in den USA) erprobten, teils bisher nur diskutierten Möglichkeiten zu prüfen:
- Mindestlöhne;
 - Ergänzungen niedriger Einkommen durch staatliche Zuschüsse („negative Einkommenssteuer, tax credits“);
 - Versicherungen gegen sinkende Einkommen;
 - garantierte Grundeinkommen für alle.

- 55.** Alle Formen der Ergänzung von marktbedingten Arbeitseinkommen sind umstritten. Das gilt insbesondere für das garantierte Grundeinkommen, dem wir daher eine „Warum nicht ...?“-Frage widmen. Die Einführung von Mindestlöhnen für bestimmte Branchen oder auch generell kann die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschweren. Sie hat sich jedoch an manchen Stellen bewährt und könnte „von Fall zu Fall“ nützlich sein.

56. In vielen Ländern der Welt sind Methoden der Absicherung von Einkommen erprobt worden. Diese sind jedoch nicht durchweg übertragbar. In den USA, aber auch in Großbritannien sind gute Erfahrungen mit sogenannten tax credits gemacht worden. Diese lassen sich auch als „negative Einkommenssteuer“ beschreiben, sind also fiskalische Einkommensgarantien (und als solche ein Schritt auf dem Weg zu garantierten Grundeinkommen). In Deutschland jedoch zahlen viele Bezieher niedriger Einkommen keine Steuern, wodurch das Verfahren jede allgemeine Anwendbarkeit verliert. Das deutsche Problem sind vor allem Sozialversicherungsbeiträge. Die Wirtschaftskrise könnte zum Anlass genommen werden zu prüfen, ob diese Beiträge in ihrer gegenwärtigen Form die Förderung der Arbeit und die Sicherung von Einkommen tatsächlich bewirken.
57. Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Absicherung von Einkommen ist, dass diese in Arbeit, nicht erst ohne Arbeit erfolgen muss. Das ist insbesondere nötig, um die Ausbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Die Kommission hat zu dieser Frage keine Patentlösungen anzubieten, verweist jedoch auf die Erfahrungen insbesondere in Dänemark und den Niederlanden. Wichtige Beiträge hat auch die Arbeitsgruppe 2 geliefert mit ihren Vorschlägen zur Schaffung von Anreizen zur Beschäftigung („Aktivierung“), verbunden mit Verpflichtungen aller Bürger.

Warum nicht ein garantiertes Mindesteinkommen für alle?

Worum geht es?

Jedem Menschen soll ein Mindesteinkommen zustehen, nicht weil er arm ist oder arbeitslos, sondern in seiner Eigenschaft als Bürger dieses Landes (Bürgergeld). Das Einkommen wird bedarfsunabhängig gezahlt, das heißt ohne eine Prüfung seiner wirtschaftlichen Lage oder die seiner Eltern, Kinder oder Partner. Zugleich sind mit dem Bürgergeld alle sozialen Ansprüche abgegolten. Es gibt keine weiteren Zahlungen.

Was spricht dagegen?

- Wenn alle das Gleiche erhalten, dann sprengt das Mindesteinkommen alle Vorstellungen von Gerechtigkeit und jede Bereitschaft zur Solidarität.
- Leistung ohne Gegenleistung unterhöhlt die Fundamente unserer Marktwirtschaft.
- Trotz Bürgergeld kann es zu sozialer Not kommen, insbesondere dann, wenn Einzelne nicht haushalten können. Dann muss der Staat wie bisher einspringen.
- Das garantierte Mindesteinkommen ist entweder zu niedrig, aber bezahlbar, oder zu hoch und sprengt dann alle Haushalte.

Was spricht dafür?

- Soweit es sich um ein bedingungsloses Grundeinkommen handelt, das alle Bürger in gleicher Höhe und ohne Bedarfsprüfung erhalten, ist es nicht diskriminierend.
- Es ist unkompliziert, transparent und verhindert Leistungsmissbrauch.
- Das Bürgergeld versetzt Bürger in die Lage, sozial sinnvolle Aktivitäten zu entfalten u. a. im sozialen, wirtschaftlichen oder auch künstlerischen Bereich.

Was kann das Land tun?

Das Bürgergeld kann nur bundesweit eingeführt werden. Deshalb könnte Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative starten mit dem Ziel, das gesamte System der Sozialleistungen durch ein garantiertes Mindesteinkommen zu ersetzen. Allerdings wäre es sinnvoll, vorab wichtige offene Fragen zu klären: Welche von den Vorschlägen taugen? Welche auf dem Markt befindlichen Varianten können in unserer Sozialen Marktwirtschaft tatsächlich durchgesetzt werden, ohne den Haushalt zu sprengen?

Wandel der Mentalitäten

- 58.** Die Arbeitsgruppe 2 hat auch ein Thema aufgenommen, dem die Kommission besondere Bedeutung beimisst, nämlich das Verhältnis von demografischer Entwicklung und der neuen Welt der Arbeit. Ein mechanisches und noch dazu frühes Rentenalter ist weder den betroffenen Menschen zuzumuten noch vereinbar mit den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wachstums durch Innovation. Das Prinzip der Flexibilität ist daher in besonderem Maße anwendbar auf den Übergang in den sogenannten Ruhestand. Die Kommission macht sich die Vorschläge ihrer Arbeitsgruppe zu eigen: diesen Übergang flexibler zu gestalten, insbesondere das effektive Rentenalter dabei zu erhöhen, Formen der Absicherung dieser Flexibilität zu suchen und dabei möglichst eine verlässliche Grundsicherung zu garantieren.
- 59.** Die neue Welt der Arbeit verlangt vor allem eine veränderte Einstellung der Menschen. Diese muss individuelle Risikobereitschaft mit dem Vertrauen auf verlässliche und verständliche Institutionen verbinden. Die Veränderung der Mentalitäten würde gefördert durch sichtbare Zeichen bei den Führungspersonen. Die Wandlungen der Arbeitswelt haben die Beziehungen zwischen Führungskräften und Bürgern verändert. Zumindest bis zur Wirtschaftskrise von 2008 hat das Management (im weiten Sinn des Begriffs) sich vielfach von denen, für die Manager verantwortlich sind, entfernt. Viele beobachteten, dass das Management häufig nicht mehr auf die Betroffenen, sondern auf andere Manager bezogen, also abgehoben ist. Dabei leidet vor allem die Verantwortung des Managements für die Bedingungen, unter denen die Zumutungen der Flexibilität für Beschäftigte erträglich werden – also rechtzeitige Information, laufende Weiterbildung, die Sicherung der Voraussetzungen für Beschäftigungsfähigkeit (employability).
- 60.** Die Folgen eines abgehobenen Managements werden besonders deutlich an dem enormen Anstieg von Spitzeneinkommen in einer Zeit stagnierender und zum Teil sinkender Durchschnittseinkommen. Die Reintegration des Managements von Unternehmen, Organisationen, Hochschulen usw. und damit der Redimensionierung von Management-Einkommen ist ein wünschenswerter Schritt zu einer Gesellschaft, die die Innovation durch Ideen und Führung hoch bewertet, aber darüber die Solidarität aller nicht vergisst.
- 61.** Die Veränderung von Mentalitäten dauert länger als die von Institutionen. Sie wird wohl eine Generation brauchen. In der Perspektive der Zukunftskommission, also in den kommenden 20 Jahren, kann dieser Mentalitätswandel jedoch zustande kommen. Es ist zu wünschen, dass dies nicht nur als Reaktion auf objektive Zwänge geschieht. Eine Welt flexibler Menschen ist auch eine dynamische, Individuen wie Gemeinschaften belebende Welt. Dies deutlich zu machen, ist die Aufgabe aller Verantwortlichen, also von Eltern und Lehrern ebenso wie von Vorgesetzten in allen Lebensbereichen.

IV. Wachstum durch Innovation

Welches Wachstum?

- 62.** Angesichts der Krise hat das zukünftige Wachstum der Wirtschaft eine besondere Bedeutung. Noch sind Dauer und Ausmaß des Abschwungs in der Krise nicht absehbar. Auch in der Kommission divergieren die Analysen und Prognosen. Unbestritten ist jedoch, dass eine neue Phase des Wachstums anderen Bedingungen unterliegt, als sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Regel waren. Im Blick auf die Zukunft sind bestimmte Merkmale des neuen Wachstums teils unvermeidlich, teils wünschenswert: Wachstum wird langsamer sein als in der Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Es wird zugleich nachhaltiger sein. Das verlangt, dass es deutlicher auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse aller durch verlässliche Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen bezogen sein muss. Es wird eine ökologische Komponente haben. Es ist zudem zu hoffen, dass es regionalen, nationalen und internationalen Regeln unterliegt, die die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft verringern.
- 63.** Für Nordrhein-Westfalen bedeutet diese Aussicht, dass zwei Entscheidungslinien parallel zu verfolgen sind: Die traditionellen Stärken des Landes müssen stark erhalten, ja weiter gestärkt werden. Zugleich sind im Hinblick auf Innovation und Exzellenz deutlich vermehrte Anstrengungen nötig. Es gilt, das Land aus einer im Vergleich zu anderen Bundesländern und den europäischen Nachbarn eher mäßigen Position an die Spitze der wirtschaftlichen Leistung und sozialen Verantwortung zu führen.
- 64.** Die Kommission hat weder die Zeit noch die Neigung dazu gehabt, eher abstrakte Fragen der Wirtschaftsordnung zu debattieren. Viele halten es jedoch für wahrscheinlich, dass die Rückbesinnung auf die Traditionen des „rheinischen Kapitalismus“ allein nicht zureicht, um das nötige neue Wachstum durch Innovation in Gang zu setzen. Das intensive Zusammenwirken aller Beteiligten kann nicht mehr auf die Vertreter großer Organisationen und Verbände beschränkt bleiben. Nordrhein-Westfalen könnte aber gerade aufgrund seiner Tradition gut platziert sein, um zwischen der Scylla des Marktfundamentalismus und der Charybdis des Staatskapitalismus neue Wege zu finden.

Die Starken stärken

- 65.** Die erste Aufgabe besteht also darin, starke Bereiche der Wirtschaft stark zu erhalten. Zu den Stärken Nordrhein-Westfalens wird mit Recht die Infrastruktur des Landes gezählt. Diese schließt neben Straßen und anderen Verkehrswegen die Verfügbarkeit neuester Technik (Breitband!) und die Vernetzung mit anderen Regionen ein. In all diesen Hinsichten braucht Nordrhein-Westfalen keinen Vergleich zu scheuen. Dennoch legt die tägliche Erfahrung der Bürger auch Mängel und Schwächen bloß. Es ist zu hoffen, dass eine Zeit erhöhter öffentlicher Investitionen der Pflege und Entwicklung der Infrastruktur zugutekommt. Das kann nur geschehen, wenn klare Prioritäten gesetzt werden und zugleich alle nötigen Vorarbeiten für rasches Handeln getroffen werden. Ein Infrastruktur-Plan, der ständig fortgeschrieben werden kann, ist eine vornehme Aufgabe der Landesregierung.

Warum nicht ein staufreies Ruhrgebiet durch intelligente Autobahnen?

Worum geht es?

Die Staus verursachen hohe volkswirtschaftliche Kosten. Dabei können intelligente Telematiksysteme eine gleichmäßigere Auslastung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur ermöglichen (zum Beispiel durch eine variable Maut abhängig von Benutzungszyklen).

Was spricht dagegen?

- Gegen einen Systemwechsel bestehen massive emotionale Vorbehalte: Die Bürger fühlen sich beobachtet und kontrolliert.
- Eine variable Maut steht dem gängigen Prinzip „freie Fahrt für freie Bürger“ entgegen, da die Verkehrsströme über Preise gesteuert werden.
- Nicht jeder kann ausweichen. Viele sind auf das Auto zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort angewiesen.

Was spricht dafür?

- Die bestehenden Straßen werden intelligenter genutzt, Staus weitgehend vermieden.
- Insgesamt reduziert sich der Investitionsbedarf für neue Straßen, da das gesamte System wirtschaftlicher wird.
- Es gibt weniger Unfälle, da die Kommunikation zwischen Fahrzeugen und Infrastruktur die Abstandskontrolle verbessert.
- Es wird weniger Energie verbraucht und auf diese Weise die Umwelt geschont (CO₂-Reduktion).

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Das Land kann Pilotstrecken ausweisen bzw. einen Modellversuch in einer überschaubaren Region starten. Parallel könnte der Ausbau der Telematiksysteme landesweit gefördert werden, so dass Car-to-Car und Car-to-Infrastructure-Communication möglich wird. Verlaufen die Testläufe erfolgreich, müsste das Land eine länderübergreifende Initiative starten, weil solche Systeme nur deutschland- bzw. europaweit Sinn haben. Zugleich müsste Nordrhein-Westfalen eine groß angelegte Aufklärungsstrategie starten, in deren Mittelpunkt Partnerschaften mit Städten und Regionen stehen könnten, die intelligente staufreie Autobahnen bereits verwirklicht haben.

66. Viele der Stärken des Landes finden sich im industriellen Bereich. Unter den Industrien des Landes hat die Energiewirtschaft seit Langem eine besondere Bedeutung. Nordrhein-Westfalen ist ein führender Standort von Unternehmen der Energieversorgung und Energietechnologie und wird das auch in Zukunft sein. Es muss daher in besonderem Maße mit dem Dilemma vieler moderner Gesellschaften fertig werden, dass mit der Energieerzeugung und -umwandlung vielfach auch der lokale Widerstand der Bürger verbunden ist. Die Kernkraft ist ein extremes Beispiel, das wir hier nur in seinen

Widersprüchen exponieren können. Die Ausbeutung der verbleibenden Kohle, insbesondere der Braunkohle, ist kaum weniger umstritten. Das gilt zudem immer häufiger auch für den Bau der nötigen Energienetze. Angesichts der Größenordnung der nötigen Investitionen bleibt vermutlich nicht die Zeit, die öffentliche Debatte zu einem die breite Mehrheit befriedigenden Abschluss zu führen. Der Versuch ist dennoch nötig. Nur klare Argumentation und transparentes, von den Bürgern durchschautes und unterstütztes Handeln hilft weiter.

Warum nicht Kernkraft fortentwickeln und als Energiequelle weiter nutzen?

Worum geht es?

Unser Land braucht eine sichere, zuverlässige und die Umwelt schonende Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen. Ohne Kernenergie ist das derzeit nicht möglich. In Deutschland wird deshalb der Bau neuer Kernkraftwerke wieder zugelassen, in Nordrhein-Westfalen wird ein neues Kernkraftwerk gebaut

Was spricht dagegen?

- Die Endlagerung ist in Deutschland bisher politisch nicht geklärt. Sie müsste geklärt werden, zum Beispiel im Hinblick auf das Endlager Gorleben.
- Der Strom aus neu gebauten AKW ist teurer als Kohlestrom.
- Auch bei Uran ist Deutschland auf Importe angewiesen.
- Das Restrisiko lässt sich nicht ausschalten.
- Eine Renaissance der Atomenergie könnte Innovationen bei erneuerbaren Energien und im Kohle- und Gaskraftbereich gefährden.

Was spricht dafür?

- Kernenergie ist grundlastfähig, fast CO₂-frei, in ihrer Kapazität nahezu unbegrenzt und liefert daher den preislich günstigsten Strom in der Grundlast.
- Kernkraftwerke in Deutschland erfüllen höchste Sicherheitsstandards.
- Die weltweiten Uranvorräte reichen für mehrere hundert Jahre Betrieb von Kernkraftwerken und liegen zu einem großen Teil in politisch stabilen Regionen.

Wie ist die Lage in anderen Ländern?

Sieben der acht G8-Staaten befürworten Kernenergie. Italien, Schweden, Finnland, Polen und das Vereinigte Königreich sind (zurück) auf dem Pfad der Kernenergie. Wenn Deutschland komplett von AKW-Nutzern umgeben ist, relativiert sich auch die Sicherheitsfrage.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Es sollte die Energieforschung weiter intensiv fördern und neue Argumente für einen „Ausstieg aus dem Ausstieg“ in der öffentlichen Debatte platzieren.

67. Die Kommission ist sich einig darüber, dass es in Energiefragen keine Patentlösungen gibt. Es spricht viel dafür, ein breites Spektrum von Energieformen aufrechtzuerhalten: Kohle und Kernenergie, Wasser- und Windenergie, andere alternative Energien und intensivierte Forschung in den Bereichen der Kernfusion und der Wasserstoff-Technologie. Dabei sollte das Land sich leiten lassen von dem Wunsch, die Abhängigkeit von einer einzigen Energiequelle zu vermeiden und zugleich Energie-Exportland zu bleiben.
68. Die Energiewirtschaft ist keineswegs die einzige Stärke der nordrhein-westfälischen Ökonomie. Markante andere Beispiele liefern die Chemische

Industrie, die Behandlung von Werkstoffen, die gesundheitsbezogene Wirtschaft und die Telekommunikation (die Arbeitsgruppe 1 hat diese und andere in ihrem Bericht erörtert). Alle diese „starken“ Industrien sind dadurch gekennzeichnet, dass sie einerseits auf eine zum Teil lange Geschichte zurückblicken können, andererseits an der Spitze innovativer Entwicklungen stehen. Die Absicht der Stärkung der Starken ist also kein Subventionsprogramm, sondern setzt bei den Zukunftsmöglichkeiten der alten Industrien an. Die Stärkung der Starken ist insofern selbst eine Aufgabe der Innovation.

Neue Ideen und ihre Umsetzung

- 69.** Ein auffälliges Ergebnis des Strukturwandels der zurückliegenden Jahrzehnte liegt in der Expansion des sogenannten Dienstleistungssektors. Dies ist eine generelle Entwicklung in Deutschland und in allen alten Industrieländern. Sie war und ist jedoch in Nordrhein-Westfalen besonders ausgeprägt. Blickt man auf Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftssektoren, so liegt Nordrhein-Westfalen in Deutschland über dem Durchschnitt des Anteils der Dienstleistungstätigen. (Es hat zugleich den geringsten Anteil von land- und forstwirtschaftlich Beschäftigten.) Charakteristische Dienstleistungen sind in Nordrhein-Westfalen „unternehmensnahe“, das heißt mit Industrieunternehmen verbunden. Sie dokumentieren, dass das Land nicht primär den Weg zur Wissensgesellschaft gegangen ist, sondern eine Industriegesellschaft geblieben ist. Dies ist der Punkt, an dem vollends deutlich wird, dass es einen großen Nachholbedarf an innovations-trächtigen Wirtschaftsstrukturen gibt. Die Stärken der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens müssen gestärkt, aber die Schwächen müssen beseitigt werden.
- 70.** Die Arbeitsgruppe 2 der Kommission hat die Schwächen des Landes in Fragen der Innovation im Einzelnen untersucht. Die „Innovationsindikatoren“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen ein beunruhigendes Bild (s. Arbeitsgruppe 2, S. 61 ff.). Relativ stark ist das Land allenfalls bei der „Umsetzung“ von Innovationen; dagegen bleibt es bei der Forschung Mittelmaß. Es fällt auf, dass die zahlreichen Universitäten des Landes bei der Exzellenzinitiative des Bundes nur mäßig abgeschnitten haben. Verallgemeinerungen dieser Art sind immer problematisch, aber der Schluss ist nicht von der Hand zu weisen, dass Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten Geld und Energie der Aufgabe widmen muss, im Hinblick auf Forschung und Entwicklung unter die Besten Deutschlands und Europas zu kommen.
- 71.** Fruchtbare Forschung ist auch, aber nicht nur eine Frage des Geldes. Ebenso wichtig ist ein forschungsförderndes Umfeld. Hier ergeben sich vor allem an den Grenzen der biotechnologischen Forschung Probleme, die denen der Kernenergie nicht unähnlich sind (die Arbeitsgruppe 1 hat die Bedeutung der biotechnologischen Forschung stark betont). Während viele Menschen auf Erfolge der Forschung im medizinischen, aber auch im Nahrungsmittelbereich hoffen, wird gerade bei Fragen der Stammzellenforschung und der Gentechnologie eine wenig forschungsfreundliche Haltung von Teilen der Öffentlichkeit deutlich. Moralische Einwände, wie sie lautstark, manchmal sogar gewaltsam vorgebracht werden (Stichwort Tierschutz), führen Wissenschaftler zum Rückzug von brenzlichen Themen oder zur Abwanderung in andere Länder. Der Widerstand gegen Forschung vor allem an den Grenzen der Biologie darf jedoch nicht diskussionslos akzeptiert werden. Es gibt Alternativen, zu denen es gehört, Instanzen zu schaffen, die einzelne Projekte auf ihre wissenschaftliche Fruchtbarkeit und soziale Akzeptanz prüfen und damit neue Horizonte der Innovation öffnen.

Warum nicht die Möglichkeiten der Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen erweitern?

Worum geht es?

Embryonale Stammzellen sind (unbegrenzt) vermehrungsfähig und lassen sich in alle Arten von Körperzellen entwickeln. Damit eröffnen sich große Hoffnungen auf die Therapie bisher unheilbarer Krankheiten. Allerdings ist das deutsche Embryonenschutzgesetz sehr restriktiv. Das Stammzellengesetz erlaubt nur den Import von embryonalen Stammzellen aus dem Ausland und nur dann, wenn sichergestellt ist, dass dafür kein Embryo zerstört wurde, und wenn sie vor dem 1. Mai 2007 aus bereits vorliegenden Stammzellen vermehrt wurden.

Was spricht dagegen?

- Das Stammzellgesetz mit der Stichtagsregelung war ein mühsam gefundener Kompromiss.
- Nach nunmehr zehnjähriger Forschung zeigt sich, dass die Hoffnung auf therapeutische Erfolge deutlich geringer geworden ist.
- Im Mittelpunkt steht immer noch die Grundlagenforschung, für die die in Deutschland zur Verfügung stehenden menschlichen embryonalen Stammzellen geeignet und ausreichend sind.

Was spricht dafür?

- Embryonale Stammzellen können neue Therapiemöglichkeiten für bislang unheilbare Krankheiten eröffnen: zum Beispiel Parkinson, Alzheimer oder Herzinsuffizienz.
- Deutschland ist gegenüber anderen Staaten ohne Forschungsbeschränkung im Nachteil.
- Weil andere Länder die Forschung intensiv betreiben, löst der Verzicht Deutschlands das ethische Problem nicht.
- Es könnte sein, dass adulte Stammzellen für die Forschung zureichen.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Das Land könnte eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Stammzellgesetzes einbringen. Gleichzeitig kann das Land die Grundlagenforschung noch intensivieren. Die Basis dafür ist exzellent: Das Land ist vor allem mit dem Max-Planck-Institut für Biomedizin in Münster und dem Institut für Stammzellenforschung an der Universität Bonn, die beide von der Landesregierung umfangreich gefördert werden, führend in Deutschland und international anerkannt.

72. Ein viel diskutiertes Thema im Zusammenhang von Innovation und Forschung ist die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft. Auch hier wieder wird das Schisma erkennbar, von dem im Zusammenhang der Bildungspolitik die Rede war. Eine gewisse Wirtschaftsferne der Hochschulen ist unverkennbar; sie findet in einer zögerlichen Haltung von manchen Vertretern der Wirtschaft im Hinblick auf Kontakte mit Hochschulen ihre Entsprechung. Die so entstehende Spannung ist nicht nur schädlich. Es muss Orte geben für eine anwendungsferne Grundlagenforschung, zumal diese jene „überzähligen Kapazitäten“ schafft, die dann zur

Quelle ungeplanter Fortschritte (serendipity) werden, aus denen Neues entsteht.

73. Im Zusammenhang eines wünschenswerten Wachstums ist jedoch eine neue Beziehung von Wirtschaft und Wissenschaft nötig. Diese kann an vorhandene Beispiele anknüpfen. Im Umkreis der RWTH Aachen etwa sind Initiativen entsprungen, um Hochschulforschung und wirtschaftliche Anwendung in eigens zu diesem Zweck geschaffenen Unternehmen zu verbinden. Es war davon die Rede, dass Nordrhein-Westfalen in Fragen der „Umsetzung“ von Wissenschaft relativ stark ist. Das ist jedoch im Kontext einer

generellen Schwäche Deutschlands in diesem Bereich zu sehen. (Starke Forschung und schwache Umsetzung ist ein Thema, das der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Professor Peter Gruss mit eindringlichen Beispielen belegt und zum Gegenstand wichtiger Forderungen

gemacht hat.) Die Wissenschaftspolitik des Landes sollte Beispiele für die gelungene Verbindung von Wissenschaft und Forschung besonders fördern und auf diese Weise den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen stärken.

Unternehmertum und Privatinitiative

74. Neue Ideen und ihre Umsetzung sind ein Aspekt der Innovation. Der andere Aspekt betrifft ein innovationsfreundliches Wirtschaftsklima. Nordrhein-Westfalen braucht einen kräftigen Schub unternehmerischer Initiativen. Dafür gibt es in einigen, vor allem am Rande liegenden Regionen bereits Ansätze. Doch ist weit mehr zu tun. Damit sind Dinge wie der Abbau von Bürokratie und die Vereinfachung des Steuersystems gemeint. Insbesondere aber verlangt ein unternehmerischer Schub Änderungen der Einstellung, die Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt durchdringen müssen. Sie sind der Tradition eines Landes eher fremd, in dem Sicherheit vielfach in beamtenhaften Beschäftigungen durch große Unternehmen gesucht wurde. Hier vor allem liegt der in vielen Zahlen belegte Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und den süddeutschen Bundesländern – aber auch den angrenzenden Benelux-Staaten, insbesondere den Niederlanden – begründet. Eine solche Mentalitätsänderung verlangt tonangebende Gruppen und von ihnen geschaffene Modelle.
75. Die Ermutigung unternehmerischer Gründungen verlangt aber auch praktische Politik. Dazu gehört die Förderung des Mittelstandes, der vor allem gefragt ist. Im Zuge der Krise von 2008 ist die Verfügbarkeit von Krediten zum Problem geworden. Hier haben die kommunalen und genossenschaftlichen Banken eine besondere Funktion. Es ist auch zu erwägen, ob nicht neben einem Fonds zur Rettung bedrohter Unternehmen ein Gründerfonds wünschenswert wäre, der finanzielle Hilfe bei der Schaffung zunächst kleiner Unternehmen möglich macht. Überdies ist für den größeren Mittelstand die Unterversorgung des Landes mit Bankdienstleistungen ein spürbarer Nachteil. Ob hier Aktivitäten des Staates, oder nicht besser der Markt abhilfe schaffen soll ist eine offene Frage. Neben solchen praktischen Maßnahmen ist vor allem die Ermutigung auch prekärer Neugründungen durch Kammern und andere Organisationen wichtig.
76. Die gegenwärtige Krise könnte sich bei der Kreditfinanzierung von innovativen Initiativen unverhofft als hilfreich erweisen. Sie hat für öffentliche Instanzen neue Möglichkeiten der Finanzierung eröffnet. Sie hat vor allem aber die in Nordrhein-Westfalen wie in der gesamten Bundesrepublik entscheidende Rolle der (meisten) Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken erwiesen. Insoweit diese nicht dem spekulativen Renditewahn verfallen sind, haben sie ihre Schlüsselfunktion für lokale und regionale Initiativen vorbildlich wahrgenommen. Es ist eine für innovatives Wachstum entscheidende Aufgabe, auch bei der EU Verständnis dafür zu wecken, dass Wettbewerb keine verfehlte Einheitlichkeit verlangt, sondern Raum lässt für unterschiedliche Strukturen und Geschäftsmodelle.
77. Innovation und Unternehmertum können unorthodoxe Formen annehmen. Dazu gehören gemischt öffentlich-private Initiativen. Diese sind vor allem im kommunalen Bereich sinnvoll. Typischerweise kann die öffentliche Hand Infrastruktur für Dienstleistungen finanzieren, während die Betreiber privat sind. Im Bildungswesen ist für solche Initiativen viel Raum. Das gilt auch für Freizeiteinrichtungen und für weitere Tätigkeitsbereiche.
78. Private Stiftungen sind zugleich Index und Motor der Innovation. Wo sie florieren, ist Initiative gefragt. Wenn sie florieren, regen sie selbst Neues an. Es gibt in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von

zum Teil großen Stiftungen, die eine löbliche Wirkung entfalten. Doch bleibt auch in dieser Hinsicht Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen deutschen Ländern – von den Niederlanden, der Schweiz oder gar den angelsächsischen Ländern ganz zu schweigen – im Mittelmaß. Insbesondere für kleinere Stiftungen fehlt es an wirksamen Vorbildern und an praktischen Er-

leichterungen. Das ist zum guten Teil eine Frage bürokratischer Hemmnisse, die abzubauen nicht allzu schwierig sein sollte. Es ist auch eine Frage der steuerlichen Behandlung von Stiftungen. Vor allem aber ist hier wie bei der Förderung von Initiative und Innovation insgesamt Ermunterung nötig, die von der Regierung und anderen Autoritäten ausgehen kann.

Kultur als Innovationsmotor

79. Innovationen und wirtschaftliches Wachstum entstehen aber nicht nur durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und durch verstärkte Privatinitiativen. Sie entstehen vor allem dort, wo ein starkes kulturelles Umfeld geschaffen wird, das kreative Köpfe anzieht. Denn kreative Köpfe brauchen ein solches Umfeld. Es wird deshalb auch heute weithin anerkannt, dass sogenannte „weiche“ Themen für die Zufriedenheit von Menschen wichtig sind. Damit ist zum Beispiel gemeint, dass Hochqualifizierte ihre Arbeitsplätze an Orten suchen, die ihnen und ihrer Familie angenehme Lebenschancen bieten. Früh schon ist die innerwestdeutsche Wanderungsbewegung nach Bayern mit dem „Freizeitwert“ des Landes erklärt worden. Nicht nur Hochqualifizierte suchen heute ihren Lebensmittelpunkt an Orten, die zugleich Arbeit und kulturelle Optionen versprechen. Hier liegt wahrscheinlich einer der Gründe für die relativ starke Abwanderung aus Nordrhein-Westfalen. Auffälliger noch ist die Wanderung innerhalb des Landes: die Bevorzugung der „Rheinschiene“ gegenüber der „Ruhrmetropole“ hat sicher etwas mit den „weichen“ Faktoren des angenehmen Lebens zu tun. Jedenfalls muss das Land diesen „weichen“ Faktoren eine besondere Bedeutung beimessen, wenn es nicht im Mittelmaß versinken will.

80. Wirtschaftliches Wachstum wird immer stärker durch den „kreativen Sektor“ angetrieben. Schon heute sind zwischen 20 % und 30 % aller Erwerbstätigen in den hoch entwickelten Industriegesellschaften in „kreativen Berufen“ zu finden – also in den Wissenschaften und Künsten, in Mode, Design oder Architektur, im gesamten wissen-

schaftlichen, künstlerischen und kulturellen Bereich. Dem entspricht der Trend zur Wissensgesellschaft, dessen Dynamik durch die Wirtschaftskrise nicht aufgehalten wird. In Zukunft, so sagen Experten, werden vier Fünftel aller menschlichen Arbeiten aus dem Umgang mit Wissen bestehen. Allein die ungeheure Expansion des Internet – dessen gesellschaftliche Bedeutung der Kommission sehr bewusst ist, auf dessen besondere Rolle aber näher einzugehen den Rahmen unserer Beratungen gesprengt hätte – macht diesen grundlegenden Wandel deutlich: Gemessen an der Zahl seiner Nutzer wächst es schneller als die Rechenleistung der Computerchips. Die Zahl der ans Netz angeschlossenen Computer hat sich seit 1988 jedes Jahr fast verdoppelt. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Sie wird dazu beitragen, die Bedeutung der kreativen Berufe weiter zu verstärken. Manche sprechen deshalb von der Entstehung einer „kreativen Ökonomie“ oder auch einer Ökonomie der Kreativen. Nordrhein-Westfalen muss sich für diese Zukunft einer primär wissensbasierten Ökonomie, die einer zweiten industriellen Revolution gleichkommt, wappnen. Dazu gehört neben den schon erwähnten Strategien auch die besondere Förderung von Kunst und Kultur. Kunst und Kultur sind nicht nur um ihrer selbst willen wichtig, sondern sie sind elementare Motoren für die Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Kulturförderung nicht mehr nur den Kommunen überlässt, sondern die Landesmittel für die Kulturförderung in der laufenden Legislaturperiode verdoppelt hat. Ein solcher Ansatz sollte in Zukunft noch stärker entwickelt werden.

Warum nicht ein kostenloser Zutritt zu den Dauerausstellungen der Museen?

Worum geht es?

Es sollen die Hürden gesenkt werden, die Menschen davon abhalten, Museen zu besuchen.

Was spricht dagegen?

- Auch Menschen mit wenig Geld geben zum Beispiel für einen Stadionbesuch oder für ein Popkonzert relativ viel Geld aus.
- Welche Kosten kommen auf das Land und die Kommunen zu?
- Warum nicht auch freier Eingang zu der Oper, zum Schauspiel? Irgendwann stellt sich die Haushaltsfrage.

Was spricht dafür?

- Zur Infrastruktur eines Landes gehören nicht nur Straßen und Verkehrswege, sondern auch die vielfältigen kulturellen Angebote des Landes. Kulturelle Teilhabe ist neben politischer Teilhabe und gesellschaftlicher Teilhabe ein wesentlicher Aspekt der Tätigkeitsgesellschaft.
- Der Reichtum eines Landes entfaltet sich nicht zuletzt als kultureller Reichtum.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Das Land bietet allen Bürgern einen kostenlosen Zugang zu den Dauerausstellungen der Museen (Sonderausstellungen ausgenommen). Um zu testen, ob dadurch tatsächlich mehr Menschen als bisher in die Museen kommen, könnte der kostenfreie Zugang zunächst auf Probe – das heißt temporär beschränkt – durchgeführt werden.

Vielleicht könnte die Idee auch zunächst auf bestimmte Museen beschränkt bleiben oder statt eines generellen freien Eintritts mehr Museumstage eingerichtet werden (Tage, an denen der Eintritt nichts kostet). Dazu muss vorab klar sein: Welche zusätzlichen Kosten entstehen dem Land? Welche Kosten müssen die Kommunen schultern? Wer übernimmt die Ausfälle, wenn Kommunen die Aufwendungen nicht tragen können oder wollen?

81. Der Weg vom akzeptablen und verlässlichen Energie-Mix für ein Stromexportland zu kommunalen Stiftungen, mittelständischen Gründungen und künstlerischer Kreativität scheint weit. Tatsächlich jedoch steht hinter den Themen dieses Abschnitts unseres Berichts ein gemeinsames Prinzip. Nordrhein-Westfalen ist zu Recht stolz auf seine Wirtschaft und ihre Kraft. Es kommt aber über das Mittelmaß vergleichbarer Länder und Staaten nicht hinaus, wenn es um Innovation und damit um Zukunftsfähigkeit geht. Hier sind Veränderungen nötig, die mit vorherrschenden Einstellungen beginnen, sich dann aber in praktischen Entscheidungen niederschlagen. Mitglieder der Kommission, die als Wissenschaftler oder Praktiker die Thematik des Wachstums durch Innovation gut kennen, sind im Hinblick

auf das Potenzial des Landes optimistisch. Die Kommission sieht daher in dieser Thematik eine vornehme Aufgabe der Landespolitik in den kommenden Jahrzehnten.

V. Eine Gesellschaft aktiver Bürger

Öffentlichkeit und soziale Verantwortung

- 82.** Die Zukunftskommission berichtet dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, der sie ins Leben gerufen hat. Ein wichtiger Teil des Berichtes gilt daher Aufgaben, die sich dem Landtag und der Regierung von Nordrhein-Westfalen stellen. Indes ist es entschieden nicht die Auffassung der Kommission, dass alle Zukunftsaufgaben politische Antworten verlangen. Wir haben vielmehr durchweg Wert darauf gelegt, die Bedeutung von Einzelnen und Familien, Organisationen und Unternehmen zu betonen. Die Wohlfahrt der Menschen hängt von einer vitalen Bürgergesellschaft ab. Das ist eine Gesellschaft der Teilnahme und der Tätigkeit, die ihren inneren Zusammenhang ebenso pflegt wie ihre Bereitschaft zu Neuerungen. Um die Gesellschaft aktiver Bürger anzuregen, können staatliche Instanzen ermutigen und Bedingungen schaffen, die die Bürgerteilnahme ermuntern. Die Bürgergesellschaft selbst aber folgt keinem einheitlichen Programm; sie ist durch ihre Vielfalt stark und widersteht allen Versuchungen der Abhängigkeit und Zentralisierung.
- 83.** Die Wirkung der aktiven Bürgergesellschaft wird vor allem in jenen Lebensbereichen deutlich, die man als den öffentlichen Raum beschreiben kann. Dieser reicht von der politischen Gemeinschaft bis zu dem Verhalten von Bürgern auf Straßen und Plätzen, bei Veranstaltungen aller Art, im Verkehr und überall dort, wo Menschen zusammenkommen. Er schließt Schulen ein und Vereine, Arbeitsplätze und öffentliche Anlagen von vielerlei Art. Im öffentlichen Raum entscheidet sich, ob freie Menschen auf zivilisierte Weise miteinander zu leben vermögen. Das ist nur zum Teil eine Frage staatlicher Regelungen. Es ist vor allem eine Sache der öffentlichen Kultur und der Initiative der Bürger.
- 84.** In der Vergangenheit boten politische Parteien eine Chance der Beteiligung am öffentlichen Raum. Im letzten Jahrzehnt ist jedoch die Bedeutung der Parteimitgliedschaft zurückgegangen. Die alten Volksparteien haben seit 1990 mehr als 30 % ihrer Mitglieder verloren. Nur in den Altersgruppen der über 50-, ja über 60-Jährigen ist der Anteil der Parteimitglieder größer als der Anteil der Altersgruppe an der gesamten Bevölkerung. Der Trend der Parteimitgliedschaft spiegelt sich nicht nur in der abnehmenden Wahlbeteiligung, sondern auch in der Teilnahme an anderen traditionellen Organisationen. Religiöse Zugehörigkeit und Kirchenbesuch liefern ein eindringliches Beispiel. Auch die meisten anderen Großorganisationen der Bürgergesellschaft haben mit ähnlichen Entwicklungen zu kämpfen. Die Gewerkschaften haben seit 1990 etwa ein Drittel ihrer Mitgliedschaft verloren. Das ehrenamtliche Engagement in den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege ist rückläufig. Es gibt einen allgemeinen Trend weg von den Großorganisationen. Prognosen gehen davon aus, dass der Anteil der in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Vereinen engagierten Menschen 2030 im Vergleich zu 1990 nur noch halb so groß sein wird. Auch hat sich die Motivationsbasis für ehrenamtliches Engagement verschoben. Sie ist heute wesentlich weniger als früher von sozialer, religiöser oder politischer Pflichterfüllung im Sinne eines „Dienstes an der Gemeinschaft“ bestimmt als von der Suche nach sinnvollen kreativen und weitgehend „autonomen“ Aktivitäten. Entsprechend ist dieses Engagement weniger verbindlich. Zu diskutieren ist, ob eine Gesellschaft der aktiven Bürger nicht einen Mentalitätswandel braucht, um eine stärkere Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl so früh wie möglich einzuüben, etwa in Form eines verpflichtenden Sozialdienstes für einen bestimmten Zeitraum.
- 85.** Die Bürgergesellschaft ist keineswegs nur ein Regelwerk von Gesetzen, Sitten und Gebräuchen. Sie lebt vielmehr von der aktiven Beteiligung der Bürger an der Gestaltung ihrer Angelegenheiten. Die manchmal belächelte deutsche Tradition der „Vereinsmeierei“ hat hier eine wichtige Rolle. Menschen, insbesondere junge Menschen, sollten zur Beteiligung am Vereinsleben ermutigt werden. Hier können vor allem kommunale Träger eine löbliche Wirkung entfalten. Es wäre erfreulich, wenn die Vereine selbst sich für Bürger unterschiedlicher Herkunftskulturen öffnen würden; doch bleibt dies eine Sache der freien Entscheidung.

- 86.** An der Grenze zwischen dem öffentlichen und dem privaten Raum liegen organisierte Tätigkeiten, die dem Gemeinwohl dienen. Man kann von einem „freiwilligen Sektor“ sprechen. Dieser ist in verschiedenen Teilen Deutschlands, aber auch in Teilen Nordrhein-Westfalens unterschiedlich stark entwickelt. Für das Land stellt sich die Aufgabe, den freiwilligen Sektor zu fördern, ohne ihn zu erdrücken oder zu missbrauchen. Damit ist gemeint, dass der freiwillige Sektor nicht von staatlichen Stellen organisiert werden darf, aber auch nicht als kostengünstiger Ersatz für öffentliche Aufgaben missbraucht werden sollte. Der freiwillige Sektor wird oft auch „dritter Sektor“ – neben Staat und Wirtschaft – genannt. Als solcher bedarf er der Unabhängigkeit. Der freiwillige Sektor schafft jenes kreative Chaos, von dem eine aktive Bürgergesellschaft lebt.
- 87.** Bürgerlisten, Bürgerinitiativen zu besonderen Problemen (Flughafen-Ausbau, Schulstrukturen, Umweltgefährdungen usw.) und auch die Tendenz zu freien Wählerlisten sind neuere Formen der aktiven Bürgergesellschaft. Für die Parteien sind solche Aktivitäten oft unbequem. Sie zu gestatten, ja zu fördern ist dennoch eine Aufgabe, die der Stärkung der Bürgergesellschaft dient.

Warum nicht Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bund und Land einführen?

Worum geht es?

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide (Plebiszite) sind im Grundgesetz (mit Blick auf die Weimarer Republik) nur in Ausnahmefällen vorgesehen. Nach 60 Jahren erscheint das ursprüngliche Misstrauen gegen direkte Formen der Demokratie nicht mehr überzeugend. Vielmehr erscheint es aus einer Reihe von Gründen sinnvoll, die Chancen der Teilnahme der Bürger am politischen Willensbildungsprozess zu stärken.

Was spricht dagegen?

- Formen der direkten Demokratie widersprechen der Grundidee der repräsentativen Demokratie und führen zu einer Zersplitterung der legislativen Kompetenz.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide führen zu einer Verschiebung der Verantwortlichkeiten. In der repräsentativen Demokratie können die gewählten Amtsträger zur Verantwortung gezogen werden. Beim Plebiszit ist das nicht möglich.
- Es werden verantwortungslose Stimmungspolitiker begünstigt und im Ergebnis Populismus und politische Extreme.

Was spricht dafür?

- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide können das politische Interesse, die politische Partizipation der Bürger und somit die Demokratie stärken.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide stellen ein Korrektiv dar gegenüber übermäßigem "Parteienegoismus" und einer Verselbstständigung von „abgehobenen politischen Eliten“.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Die Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen kennt seit 1994 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Zwischen 1994 und 2008 sind 382 Bürgerbegehren eingeleitet und 120 Bürgerentscheide durchgeführt worden. Nordrhein-Westfalen kann auch auf der Landesebene Bürgerbegehren und Bürgerentscheide einführen. Zudem kann das Land auch auf Bundesebene die Diskussion wieder in Gang bringen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre eine gemeinsame Bundesratsinitiative, alle europarelevanten Themen, soweit sie Grundsätzliches betreffen, einer Volksabstimmung zu unterwerfen.

- 88.** Zu den neuen Formen der Bürgerbeteiligung gehört auch die veränderte Rolle der Medien. Nordrhein-Westfalen ist unter anderem ein Medienland. Es hat nicht nur zahlreiche erfolgreiche Verlage und Zeitungen, sondern ist auch führend in der Entwicklung elektronischer Medien. Alle Medien suchen heute neue Wege, um Leser, Hörer und Zuschauer zu aktivieren. Hier hat das Internet eine besondere Rolle. Blogging ist zu einer Form der Teilnahme am öffentlichen Raum geworden. Das amerikanische Beispiel (Obama) zeigt zudem, wie partizipative Medien politische Bedeutung gewinnen können. Auch in dieser Hinsicht gilt, dass neue Formen der Teilnahme Unterstützung verdienen.
- 89.** Neue Entwicklungen entwerfen jedoch ältere Formen der Teilnahme nicht. Vieles spricht im Gegenteil dafür, dass Krisen der Wirtschaft Einschnitte im Verhalten der Wirtschaftenden zur Folge haben, die auf eine Rückkehr zur stärkeren Einbindung wirtschaftlicher Unternehmen in ihre Standorte hinauslaufen. Der Begriff der stakeholder, also derer, die auch ohne Anteile zu besitzen intensiv Anteil nehmen am Geschick von Unternehmen, stand jahrelang im Widerspruch zum Zeitgeist. In Krisenzeiten gewinnt er jedoch neuen Respekt. Es wäre nicht überraschend, wenn in den kommenden Jahrzehnten weniger die Mitbestimmung im Unternehmen die öffentliche Debatte beherrschte als die Mitwirkung interessierter Bürger. Auf diese Weise kann eine Form des verantwortlichen Kapitalismus (responsible capitalism) entstehen, die wirtschaftlichen Erfolg mit sozialen Leistungen verbindet.
- 90.** Die Bürgergesellschaft ist eine Chance für alle Bürger. Es ist nicht erträglich, wenn bestimmte Gruppen aus ihren Segnungen ausgeschlossen werden. Viel ist geschehen, um die Stellung von Frauen zu verbessern; doch bleiben nach wie vor Probleme, die teils klare Maßnahmen (wie die erwähnte bessere Kinderbetreuung), teils veränderte Einstellungen (vor allem im Hinblick auf die beruflichen Chancen) verlangen. Trotz hoher Bildungsqualifikationen sind Frauen in den oberen Karriereetagen vielfach immer noch weit unterrepräsentiert. Der Erfolg einer aktiven Bürgergesellschaft wird sich auch daran entscheiden, ob es gelingt, das zu ändern.
- 91.** Weniger noch ist bisher geschehen, um die wachsende Zahl von älteren Menschen aktiv an der Bürgergesellschaft zu beteiligen. Der zunehmende Altersdurchschnitt wird im Ruhrgebiet besonders spürbar werden. Doch die Gesellschaft ist darauf noch nicht eingestellt. Dabei schafft die wachsende Lebenserwartung neben Problemen für die künftige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auch Chancen. Ältere Menschen verfügen über Erfahrungen, die für die Gesellschaft nutzbar gemacht werden können. Ältere Menschen sind heute aktiver als früher, reisen mehr, sind konsumfreudig und suchen auch im Alter nach Bildungserlebnissen und neuen Erfahrungen. Gerade die Älteren können wichtige Träger der Bürgergesellschaft von morgen sein. Politik sollte die Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft deshalb nicht als bloß zu verwaltendes Schicksal auffassen. Politik kann und muss mithelfen, Älteren die aktive Mitwirkung in der Gesellschaft zu erschließen. Das heißt zum Beispiel, dass Städte nicht nur um junge Familien werben, sondern auch ältere Menschen einladen, hier ihren letzten Lebensabschnitt zu verbringen. Der öffentliche Dienst kann mit flexiblen Pensionierungsregelungen dazu beitragen, ein Beispiel dafür zu schaffen, dass die Erfahrung der Älteren auch jenseits heutiger Pensionsgrenzen gefragt ist.

Warum nicht stärker die Erfahrung von älteren Menschen nutzen?

Worum geht es?

Erfahrene Fachkräfte im Ruhestand stellen ehrenamtlich ihr Wissen in Schulklassen, in Projekten und als Paten für Nachwuchskräfte zur Verfügung.

Was spricht dagegen?

- Mitarbeiter in den Institutionen fürchten die Konkurrenz und den Verdrängungseffekt für ihre Arbeitsplätze.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Aktiven und den Ruheständlern kann zu Konflikten führen und das gemeinsame Ziel gefährden.
- Es gibt in den meisten Institutionen eine Kultur, sich nach außen abzuschotten.

Was spricht dafür?

- Das in der Gesellschaft angesammelte Erfahrungswissen geht nicht verloren.
- Ältere Menschen bekommen eine neue Aufgabe. Sie erfahren die Botschaft, dass sie nach wie vor gebraucht werden und dazugehören. So werden Integration und Teilhabe auch im Alter möglich.
- Der Erfahrungsaustausch zwischen Jung und Alt verringert die Kluft zwischen den Generationen.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Es gibt im Land bereits verschiedene Projekte in den Schulen und auf Unternehmensebene wie zum Beispiel den „Senior Expert Service“. Andere Bundesländer wie vor allem Baden-Württemberg unterhalten seit Jahren gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden und anderen ein höchst erfolgreiches „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“, das vor allem Aufgaben wie Beratung, Fortbildung, Vernetzung, Moderation und Mediation wahrnimmt. Nordrhein-Westfalen kann solche Projekte forcieren. So kann das Land (durch eine neu zu schaffende hauptamtliche Projektorganisation) Fachkräfte im Ruhestand an Schulen, Kommunen, Institutionen, Projekten und Initiativen vermitteln. Diese zahlen für die empfangene Leistung in einen Fonds ein, der das System finanziert. Gleichzeitig muss das Land auf einen Mentalitätswechsel hinarbeiten, zum Beispiel durch Kampagnen, Preise und Wettbewerbe.

Aufgaben der Integration

92. Die Zahlen sind dramatisch genug, um sie noch einmal zu nennen: Vier Millionen Bürger Nordrhein-Westfalens haben das, was oft verschämt „Migrationshintergrund“ genannt wird. Über 20 % der Bevölkerung des Landes sind entweder im Ausland geboren oder Kinder aus zugewanderten Familien. Zum Unterschied von mexikanischen Saisonarbeitern im Süden der USA, Fremden mit temporärer Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz oder auch den sagenhaften „polnischen Klempnern“ in Großbritannien sind die hier Zugewanderten nicht nur vorübergehend im Lande. Die große Mehrheit wird und will hier

bleiben. Sie bringen mit sich andere Sprachen, andere Religionen, andere Sitten, als sie die Mehrheitsgesellschaft kennzeichnen. Eine Gesellschaft, die die Zuwanderer als volle und aktive Mitglieder einschließt, steht also vor ungewöhnlich schwierigen Aufgaben, die um Art und Maß der Integration der Zuwanderer kreisen.

93. Die Kommission war in der erfreulichen Lage, dass ihre Arbeitsgruppe 3 sich in besonders gründlicher und nachdenklicher Weise mit den Fragen der Integration der Zuwanderer befasst hat. Auch

wenn die Diskussionen der Kommission kontrovers verliefen, ist es richtig, hier auf den Bericht der Arbeitsgruppe 3 zu verweisen. Das gilt insbesondere für die Absicht, einen „politischen Grundkonsens“ zu finden, „der die Realitäten der Einwanderungsgesellschaft Deutschland akzeptiert, ohne dabei in Illusionen zu verfallen und die realen Probleme der Integration zu verkleinern“ (S. 97). Die Kommission teilt auch die Meinung ihrer Arbeitsgruppe, dass es „unrealistisch“ ist, davon auszugehen, dass die tatsächlich vorhandenen „strukturellen Ungleichheiten“ zwischen Einheimischen und Zuwanderern in den kommenden 20 Jahren verschwinden werden (S. 109).

- 94.** Vor diesem Hintergrund ist die Kernthese unserer Vorschläge zu verstehen, die – in einer For-

mel ausgedrückt – lautet: Integration ja – Assimilation nicht unbedingt. Da Worte gerade im Bereich der Integration wichtig sind, ist es angebracht, die formelhafte Position zu erklären. Gemeint ist, dass alles Nötige getan werden muss, um Zuwanderern und ihren Nachkommen die volle Teilnahme an der Gesellschaft zu ermöglichen. Das kann, wenn es aus freien Stücken geschieht, auch das völlige Eintauchen der Zugewanderten in die Mehrheitsgesellschaft bedeuten. Doch ist dies nicht Programm des öffentlichen Handelns, das vielmehr beherrscht sein muss von der Anerkennung der für alle geltenden Regeln bei gleichzeitigem Respekt für kulturelle Unterschiede. Insoweit ist die Integration eine Aufgabe für alle Bürger, nicht nur für die Zuwanderer.

Bildung und Arbeitsmarkt

- 95.** Die erste Aufgabe der Integration liegt darin, die Chancen der Zuwanderer in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt denen der Mehrheitsgesellschaft anzunähern. Hier klafft gegenwärtig eine weite Lücke: Unter den Benachteiligten der Bildung und des Arbeitsmarktes sind Zuwanderer weit überproportional vertreten. Es ist daher überzeugend, dass die Arbeitsgruppe 3 jene Aspekte der Bildung noch einmal besonders betont hat, die (oben in II.) im Zentrum unserer Empfehlungen standen: frühkindliche und überhaupt vorschulische Bildung, Ganztagschulen, das duale System, die Insistenz auf „Befähigung“. Die Kommission hält die einschränkungslose Durchsetzung der Schulpflicht für selbstverständlich.

- 96.** Besondere Aufgaben entstehen aus der Notwendigkeit zum Erlernen der deutschen Sprache. Die Kommission hat keinen Zweifel daran, dass hinreichende Deutschkenntnisse eine notwendige Voraussetzung der Teilnahme in einer Gesellschaft aktiver Bürger sind. Man braucht es nicht in die Verfassung zu schreiben, dass Deutsch die Landessprache ist. Sie zu erlernen, sollte daher von allen, auch von Zuwanderern, erwartet werden. Dabei sind Hilfestellungen von der vorschulischen Bildung bis zu Sprachkursen für Erwachsene wichtig. Die Landesregierung hat

einen erfreulichen Anfang gesetzt, indem sie die Feststellung des Sprachstandes zwei Jahre vor der Einschulung und Sprachkurse für unzureichend Deutsch sprechende Kinder verbindlich gemacht hat.

- 97.** Auch die Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Zuwanderern hängt nicht zuletzt an ihrer Bildung. Das von der Kommission stark betonte duale System könnte in besonderem Maße helfen, Zuwanderern und ihren Kindern den Eintritt in die Mehrheitsgesellschaft zu erleichtern. Darüber hinaus misst die Kommission der sichtbaren Präsenz von Zuwanderern in öffentlichen Funktionen eine beträchtliche Bedeutung bei. Wenn mehr Zuwanderer im öffentlichen Dienst (z. B. bei der Polizei), aber auch in Parteien, Verbänden und Vereinen präsent sind, ist für eine bessere Integration viel gewonnen. Ob dabei Quoten hilfreich sind, war in der Kommission umstritten. Sicher aber würde eine stärkere Werbung für den Eintritt von Zuwanderern in den öffentlichen Dienst helfen. Mehr noch könnten die Massenmedien dazu beitragen, die öffentliche Präsenz von Zuwanderern zur Selbstverständlichkeit zu machen. Hier bieten andere Einwanderungsländer (USA, Großbritannien) Vorbilder.

Nötige Einheit, mögliche Vielfalt

98. Bildungs- und Arbeitsmarktchancen sind wichtig, aber treffen nur einen Teil des Problems, das das Einwanderungsland Nordrhein-Westfalen – und Deutschland überhaupt – lösen muss. Der schwierigere Teil liegt in dem, was manche die kulturelle Integration der Zuwanderer nennen. Hier legt die Kommission Wert auf die klare Ausgangsposition: Im öffentlichen Raum gelten dieselben Regeln für alle Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet die einschränkungslose Anwendung des geltenden, demokratisch legitimierten Rechts. Hier sind alle Kompromisse verwerflich. Soweit die Scharia den öffentlichen

Raum betrifft, ist islamisches Recht ebenso wenig akzeptabel wie rabbinisches Recht oder christliches Kirchenrecht. Doch sind nicht nur rechtliche Regelungen relevant. Das alltägliche Verhalten von Bürgern im öffentlichen Raum wird auch sonst durch viele Regeln bestimmt, von denen es keine grundsätzlichen Ausnahmen geben darf.

99. Besonders schwierige Fragen stellen sich an der Grenze zwischen dem öffentlichen und dem privaten Raum, vor allem in der Rolle der Familie. Für die Motivation junger Menschen ist die

Warum nicht ein Kopftuchverbot auch für Schülerinnen?

Worum geht es?

In Frankreich gibt es ein solches Kopftuchverbot an den Schulen bereits seit 2007. In Nordrhein-Westfalen besteht seit 2005 ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen, aber nicht für Schülerinnen. Die Frage stellt sich, ob das Land auch ein Kopftuchverbot für Schülerinnen einführen sollte, um die Integration zu fördern und der Diskriminierung von Mädchen und jungen Frauen aus Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte entgegenzuwirken.

Was spricht dagegen?

- Ein Kopftuchverbot widerspricht auch der Gleichbehandlung mit anderen öffentlichen Symbolen wie zum Beispiel dem christlichen Kreuz oder der jüdischen Kippa.
- Viele, die ein Kopftuch tragen, tun dies nicht aus politischen Gründen, sondern als Symbol gegen die jederzeitige sexuelle Verfügbarkeit der Frau.
- Zudem: Was geschieht mit denen, die sich nicht an das Kopftuchverbot halten oder auf andere Bedeckungen (Perücken) ausweichen?

Was spricht dafür?

- Das Kopftuch ist seit der islamistischen Revolution im Iran politisch die Flagge der islamischen Fundamentalisten.
- Es betont und vergrößert den Unterschied zwischen den Geschlechtern.
- Das Kopftuch weist Frauen und Männern aufgrund dieses Unterschiedes fundamental unterschiedliche Rollen zu. Nach dem islamischen Recht ist die Frau abhängig vom Mann bis hin zur Unmündigkeit.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Das Land kann analog zum Kopftuchverbot für Lehrerinnen auch ein Kopftuchverbot für Schülerinnen per Gesetz bestimmen. Die Frage ist, ob ein so weitgehender Eingriff vor dem Verfassungsgericht Bestand hat, wenn das Kopftuch als religiöses und nicht als politisches Symbol gedeutet wird (Artikel 4 GG). Bei der Klärung der Frage, ob ein Verbot die Integration von Mädchen und jungen Frauen fördert oder behindert, hilft ein Blick nach Frankreich. Was waren dort die Wirkungen? Was waren die ungewollten Nebenwirkungen? Hat das Kopftuchverbot seine Ziele erreicht oder verfehlt?

Familie wichtig, möglicherweise entscheidend. Bei vielen Zuwanderern ist aber gerade die Familie der Hort traditioneller Verhaltensweisen. Die Arbeitsgruppe 3 hat sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit Zuwandererfamilien ermutigt werden können, den Prozess der Integration zu befördern. Dabei haben Familienzentren eine besondere Aufgabe (vgl. Arbeitsgruppe 3, S.106). Schlüssel zur Veränderung ist indes die Rolle der Frauen. In welchem Maße die Mehrheitsgesellschaft tätig werden sollte, um eine „modernere“ Rolle der Frauen durchzusetzen, blieb in der Kommission umstritten. Die Frage des Kopftuchverbots ist da von mehr als symbolischer Bedeutung.

- 100.** Generell stellt sich die schwierigste aller Fragen der Integration: In welchem Maße ist Vielfalt kultureller Eigenheiten für eine aktive Bürgergesellschaft tragbar? Wie groß kann also der private, von öffentlichen Regeln freie Raum sein, ohne dass der soziale Zusammenhalt insgesamt gefährdet wird? Sind „Parallelgesellschaften“ innerhalb der vom öffentlichen Raum gezogenen Grenzen allenfalls erträglich? Die Fragen werden in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich beantwortet. Nahezu alle Amerikaner beschreiben sich heute als Bindestrich-Amerikaner: Afro-Amerikaner, Deutsch-Amerikaner, Latino-Amerikaner usw. Das beeinträchtigt ihre innere Bindung an die USA nicht. Auch die Tatsache, dass in Großbritannien Bangladescher oder Zuwanderer aus der Karibik in bestimmten Vierteln leben und sogar bestimmte Berufszweige dominieren, bildet kein Hindernis für einen integrierten öffentlichen Raum. In Deutschland gibt es in der einheimischen Mehrheit bei den einen das Verlangen nach einer stärkeren Anpassung der Zugewanderten, während die anderen

den möglichen Gewinn der kulturellen Vielfalt und die Suche nach einer Balance von Integration und Heterogenität betonen.

- 101.** Dass die Kommission das Spektrum von Positionen in sich repräsentierte, kann nicht überraschen. Es bestätigt die Notwendigkeit, das Thema offen und öffentlich in einem Klima neuer Sachlichkeit zu erörtern. Dabei sind zwei Eckpfeiler wahrscheinlich weithin akzeptabel, nämlich einmal das Verständnis des öffentlichen Raumes als gemeinsamer Rechts- und Lebenssphäre aller Bürger, zum anderen der Respekt für kulturelle Unterschiede, die es übrigens nicht nur zwischen Zuwanderern und Einheimischen, sondern auch innerhalb der Mehrheitsgesellschaft gibt.
- 102.** Eine Anmerkung ist hier am Platze. Es ist nicht die Absicht der Kommission, die Zuwanderer vornehmlich als Problemgruppe darzustellen. Ihr Beitrag zur Gesellschaft und Wirtschaft ist unentbehrlich. Dabei sollte die besondere Gruppe der hoch qualifizierten Fachkräfte nicht unerwähnt bleiben. Von ihnen sucht Nordrhein-Westfalen eher noch mehr. In der Tat würde die in diesem Bericht geforderte Innovation auch zur Folge haben, dass an Stelle der Abwanderung eine Zuwanderung von Hochqualifizierten stattfindet. Diese würden den Gewinn an Neubürgern noch ergänzen, der schon heute erkennbar ist. Manchem mag das kulturell Andere zunächst fremd sein, aber es ist zu hoffen, dass dieses Fremde mit dem Vertrauten eine neue Verbindung eingeht. Gerade Nordrhein-Westfalen hat hier mit seiner erfolgreichen Geschichte der Integration gute Voraussetzungen. Das Land könnte zum Modell einer nicht nur aktiven, sondern vitalen Bürgergesellschaft werden.

Lebensräume, Lebensformen, Lebensqualität

- 103.** Eine Gesellschaft aktiver Bürger braucht ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Man kann es Heimat nennen. Nur der, der seine Heimat schätzt, wird sich auch für sie engagieren. Gerade in Zeiten der Globalisierung wird dieser Bezug immer wichtiger. Die Welt-Umgangssprache hat dafür einen Namen: Glokalisierung. Die Menschen akzeptieren den globalen Markt mit seinen Chancen und Zwängen. Aber sie wollen nicht, dass er die lokalen Zugehörigkeiten zerstört. So wünschenswert also zum Beispiel die „Ruhrmetropole“ für manche Zwecke sein mag, so wichtig bleiben doch die alten Gemeinden im Umkreis von Essen. Auch in Zukunft wird die Spannung auszuhalten sein, die sich aus dem Wunsch nach Größe einerseits und der Sehnsucht nach Heimat andererseits ergibt. Weniger romantisch formuliert geht es darum, ob das Land in seiner Organisation und Mentalität die starken Großregionen betont, aus denen es besteht, oder ob es den Wünschen – und manchmal Träumen – derer nachgibt, die ihre Lebensmittelpunkte mit kleinen Orten identifizieren, auch wenn deren Grenzen heute kaum noch zu erkennen sind. Die Zukunftsaufgabe liegt wohl nicht in einer Alternative, sondern in einer Kombination.
- (Präferenz für leicht zugängliche Einkaufszentren und kulturelle Einrichtungen) zunehmen wird. Die gründliche Erkundung und Erforschung dieses Themas hat nach Auffassung der Kommission eine hohe Priorität.
- 105.** Neben dem demografischen Wandel ist anzunehmen, dass die Lebenswelt der Gesellschaft aktiver Bürger in Zukunft noch stärker als bisher durch technische Neuerungen geprägt sein wird. Die Arbeitsgruppe 1 hat mögliche Veränderungen zu einer „Zukunftsvision“ verdichtet, die fünf Bereiche umfasst: Wissenschaft, Arbeit, Logistik und Infrastruktur, Bildung und Freizeit, Finanzen. Wie würde das Leben einer Familie aussehen, wenn in all diesen Bereichen absehbare Neuerungen tatsächlich stattfänden? Die Arbeitsgruppe hat zu diesem Zweck die „Familie Müller“ erfunden und deren Tagesablauf fantasievoll geschildert. Das Ergebnis lautet: „Vieles ist neu, manches deutlich besser. Aber so fundamental hat sich das Leben der Müllers nun doch nicht verändert. Aus vielen großen Einzelinnovationen ist ein kleiner, aber feiner Gewinn an Lebensqualität für alle geworden.“ (Arbeitsgruppe 1, S. 10).
- 104.** Wie erfolgreich eine Gesellschaft der freien Bürger in Zukunft sein wird, hängt auch davon ab, wie sie den Wandel der Bevölkerungsstrukturen bewältigt. Obwohl Wanderungsbewegungen in freien Gesellschaften allenfalls für kurze Zeiträume vorhersehbar sind, gibt es doch für Nordrhein-Westfalen statistische Prognosen, die manche Regionen als Gewinner (vor allem die Rheinschiene und das Münsterland), manche als Verlierer (vor allem das Ruhrgebiet) dieses Wandels sehen. Auch wenn diese Entwicklung nicht ohne Weiteres beeinflusst werden kann, lassen sich bestimmte Trends fördern oder hemmen. So hat in der Stadt Dortmund die rechtzeitige Abkehr vom Eigenheimbau zugunsten von Mietwohnungen den Zuzug moderner, oft junger Familien erleichtert. Es ist zu vermuten, dass der Trend einer Rückkehr in bestimmte Städte aus demografischen Gründen (junge Partnerschaften, Rentner) wie aus ökonomischen Ursachen
- 106.** In der Kommission gibt es unterschiedliche Meinungen zu dem von der Arbeitsgruppe 1 bevorzugten, stark technikgeprägten, hochflexiblen Lebensstil der Zukunft. Außerdem ist die exemplarische „Familie Müller“ offenbar überdurchschnittlich wohlhabend und gut vernetzt. Die schwierigere Frage ist – unter dem Aspekt des Grundthemas Innovation und Solidarität –, wie denn eher unterdurchschnittlich wohlhabende und ausgestattete Familien leben werden. Es wäre wünschenswert, eine Art Mindestausstattung von Lebenschancen zu formulieren, die für alle Bürger des Landes angestrebt wird und sich allenfalls innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte realisieren lässt.
- 107.** Eine Gesellschaft der aktiven Bürger lebt von der Verbindung von Innovation und Solidarität. Eine Gesellschaft, die nur auf wissenschaftliche und wirtschaftliche Innovationen setzt, droht auseinanderzufallen. Eine Gesellschaft, die sich mit der

Erhaltung des Status quo begnügt und allenfalls Fragen der „gerechten“ Verteilung stellt, droht zu erstarren. Nur wenn Innovation und Solidarität zusammenkommen, hat die Gesellschaft freier Bürger Zukunft. Auch deshalb hat sich die Kommission darauf konzentriert, die Bedingungen sowohl für Innovation (Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, stärkere Verflechtung von Wirtschaft und Wissenschaft etc.) als auch für

Solidarität (mehr Bildungschancen für Benachteiligte, Integration der Zuwanderer etc.) näher zu erkunden. Gerade vor dem Hintergrund der Krise hat sich diese Entscheidung als richtig erwiesen. Wird nicht beides zusammen gedacht, droht die Wirtschaftskrise zur Gesellschaftskrise zu werden. In der Verbindung von Innovation und Solidarität liegt der Kern zukunftssträchtiger Entscheidungen.





Mitglieder der Zukunftskommission



Vorsitzender: **Lord Ralf Dahrendorf**, geb. 1929 in Hamburg. Deutsch-britischer Soziologe, Politiker und Publizist. Er war Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Mitglied der Europäischen Kommission und Direktor der London School of Economics and Political Science und Mitbegründer der Universität Konstanz. Er ist Mitglied des House of Lords.



Stellvertretender Vorsitzender: Bundesminister a. D. **Bodo Hombach**, geb. 1952 in Mülheim an der Ruhr. Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen von 1990 bis 1998, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr 1998. Seit Februar 2002 Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe.



Prof. Dr. Achim Bachem, geb. 1947 in Bonn. Mitglied des Vorstandes des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt von 1996 bis 2006. Seit Oktober 2006 Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums Jülich.



Prof. Dr. Jürgen Flimm, geb. 1941 in Gießen. Intendant der RuhrTriennale von 2005 bis 2007. Seit Oktober 2006 Leiter der Salzburger Festspiele.



Dr.-Ing. Dr. E. h. Jürgen Großmann, geb. 1952 in Mülheim an der Ruhr. Von 1980 bis 1993 verschiedene Tätigkeiten im Konzern der Klöckner-Werke AG, bis 2006 Geschäftsführer der Gesellschafter der Georgsmarienhütte GmbH. Seit 2007 Vorsitzender des Vorstands der RWE AG.



Prof. Dr. Barbara Ischinger, geb. 1949 in Frankfurt a. M. Direktorin bei der Fulbright-Kommission von 1994 bis 2000, Vizepräsidentin für Internationale Beziehungen und Public Relations an der Berliner Humboldt-Universität von 2000 bis 2005. Seit 2006 Bildungsdirektorin der OECD in Paris.



Prof. Dr. Hubert Kleinert, geb. 1954 in Melsungen. Mitglied des Deutschen Bundestages für die Partei „Die Grünen“ von 1983 bis 1990, Professor für Politikwissenschaften an der Fachhochschule für Verwaltung des Landes Hessen in Wiesbaden.



Prof. Dr. Jürgen Kluge, geb. 1953 in Hagen. Deutschlandchef von McKinsey & Company von 1999 bis 2006, Mitglied im Shareholder Council von McKinsey & Company. Seit 2004 Honorarprofessor der TU Darmstadt.



Dr. Norbert Lammert, geb. 1948 in Bochum. Mitglied des Bundestages seit 1980, zwischen 1989 und 1998 Parlamentarischer Staatssekretär bei verschiedenen Bundesministern, von 2002 bis 2005 Vizepräsident, seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.



Isabel Pfeiffer-Poensgen, geb. 1954 in Aachen, Juristin. Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder und Mitglied im Stiftungsbeirat der Kulturstiftung des Bundes. Seit 2002 ist sie außerdem Mitglied im Vorstand des Verbandes deutscher Musikschulen und im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages.



Dr. Annette Lepenies, geb. 1943 in Traben-Trarbach. Ausgebildete Lehrerin und Diplom-Psychologin, heute tätig als Referentin am Sozialpädagogischen Institut (SPI) Berlin, Mitglied verschiedener Stiftungskuratorien, u. a. auch im Kuratorium des Programms „Jedem Kind ein Instrument“.



Andrea Prym-Bruck, geb. 1953 in Wien. Seit 1996 im Stiftungsvorstand und seit 2001 Vorsitzende des Stiftungsvorstandes des Museums für Industrie-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte für den Raum Aachen, Stolberg/Rheinland, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates der William Prym GmbH & Co KG in Stolberg.



Friedrich Merz, geb. 1955 in Brilon. Seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, 2002 bis 2004 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Seit Ende 2004 Partner der Anwaltskanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP.



Cornelia Quennet-Thielen, geb. 1957 in Freiburg. Referatsleiterin im Umweltministerium unter der damaligen Bundesministerin und heutigen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Leiterin der Zentralabteilung des Bundespräsidialamtes. Seit 2008 Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung.



René Obermann, geb. 1963 in Düsseldorf. Vorstandsvorsitzender von T-Mobile International und Konzernvorstand für den Bereich Mobilfunk von 2002 bis 2006. Seit 2006 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG.



Marita Reuter, geb. 1957 in Boppard. Leiterin Unternehmenskommunikation KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Berlin.



Hubertus Schmoldt, geb. 1945 in Posen. Seit 1969 hauptamtlicher Gewerkschafter. Seit 1997 Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie.



Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, geb. 1943 in Rotenburg an der Fulda. Seit 1983 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



Prof. Dr. Paul Schnabel, geb. 1948 in Bergen op Zoom. Seit 2002 Professor für Soziologie an der Universität Utrecht. Seit 2006 Direktor des Sociaal en Cultureel Planbureau der Niederlande in Den Haag.



Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, geb. 1952 in Göppingen. Seit 1998 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn, Gründer des Forschungsinstitutes zur Zukunft der Arbeit in Bonn. Seit 2000 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.



Dr.-Ing. Ekkehard Schulz, geb. 1941 in Bromberg. Mitglied des Vorstandes der Thyssen AG von 1991 bis 1998. Seit 1999 Vorstandsvorsitzender der ThyssenKrupp AG.



Alice Schwarzer, geb. 1942 in Wuppertal. Eine der bekanntesten Vertreterinnen der neuen deutschen Frauenbewegung. Sie ist Gründerin und Herausgeberin der Frauenzeitschrift Emma und Herausgeberin bzw. Autorin vieler feministischer Buchpublikationen.



Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Streeck, geb. 1947 in Lengerich. Professor für Soziologie und Industrielle Beziehungen an der University of Wisconsin-Madison, seit 1995 Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln.



Impressum

Herausgeber

Zukunftskommission beim Ministerpräsidenten
des Landes Nordrhein-Westfalen
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1
40219 Düsseldorf
E-Mail: zukunftskommission@stk.nrw.de

Konzeption, Gestaltung, Satz

faktor K, Düsseldorf

Lektorat

Juliane Topka, Hamburg

Fotos

Christian G. Irrgang, Hamburg
Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Michael Langhorst, Köln
Cynthia Rühmekorf, Bonn
Ralph Sondermann, Langenfeld
ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

Druck

Bonifatius GmbH Druck-Buch-Verlag, Paderborn

April 2009

